



Rechte Ideologien im Natur- und Umweltschutz

Eine Einführung mit Handlungsstrategien

Inhalt

Rechte Strömungen in Deutschland	2
1. Rechte Ökologie: Rechte Ideologien im Natur- und Umweltschutz	
1.1 Historische Perspektiven	3
1.2 Aktuelle Perspektiven	5
1.3 Neobiota	7
1.4 Überbevölkerung	7
1.5 Klimawandelleugnung	9
2. Handlungs- und Argumentationsstrategien	
2.1 Demokratischer Natur- und Umweltschutz	13
2.2 Klimagerechtigkeitsperspektive	14
2.3 Handlungsstrategien	16
2.4 Umgang mit rechten Vorfällen innerhalb der NAJU	19
2.5 Fallbeispiele	21
Quellen und Literatur	24

Impressum

1. Auflage 2023 / Hanna Thon (V.i.S.d.P.) / NAJU (Naturschutzjugend im NABU) Bundesgeschäftsstelle, Karlplatz 7, 10117 Berlin / Tel. (030) 652 137 52 0 / www.NAJU.de

Redaktion & Konzept: Leandra Postay, Sarah-Luise von Wintzingerode, Karoline Kraft / Gestaltung & Layout: Julia Friese / Titelfoto: Halfpoint, [stock.adobe.com](https://www.stock.adobe.com/) / Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Das Projekt wird finanziert vom BMFSFJ im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Herzlichen Dank an unseren Kooperationspartner FARN (Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz) für die Arbeit an der Broschüre.

Gefördert vom
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

FARN
Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz


Vorwort

Heutzutage sind Natur- und Umweltschutz vor allem grün konnotiert und werden mit demokratischen Werten verbunden. Doch das war nicht immer so. Der Naturschutz und rechte Ideologien haben in Deutschland eine lange gemeinsame Geschichte. Und noch heute wird er von Rechten genutzt, um unter seinem Deckmantel menschenverachtende Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Da Natur- und Umweltschutz gesellschaftlich positiv besetzt sind, bieten sie sich als Einfallstore an. Wie eine Verbandsstudie zeigt, ist auch der NABU von rechten Interaktionen betroffen [[-> www.NABU.de/extremismus](http://www.NABU.de/extremismus)].

NAJU und NABU jedoch stehen für eine offene und diverse Gesellschaft, für ein demokratisches und solidarisches Miteinander. So heißt es im NAJU-Positionspapier zur Demokratie und Vielfalt:

Wir stehen für:

1. eine lebendige Demokratie, kulturelle, ethnische und sexuelle Vielfalt sowie Glaubensfreiheit.
2. die Ablehnung von Kooperation mit Organisationen oder Personen, die durch rassistische, antisemitische, homophobe oder andere menschenverachtende Äußerungen bzw. Taten aufgefallen sind oder damit in Verbindungen stehen.
3. eine Zusammenarbeit mit Organisationen oder Personen, die sich gewaltfrei für Demokratie und Vielfalt einsetzen, und unterstützen diese.
4. eine Willkommenskultur und Offenheit. In der NAJU sind ausdrücklich alle Menschen willkommen, unabhängig von Herkunft, Glauben, Nationalität, sexueller Identität oder körperlicher bzw. geistiger Behinderung.
5. die Ablehnung einer Vereinnahmung von Natur- und Umweltschutzthemen durch rechte Gruppierungen.

Dieses Wertegerüst ist in ähnlicher Form auch in der Bundessatzung der NAJU sowie des NABUs verankert [[-> Seite 19](#)].

Die vorliegende Broschüre ist in Kooperation mit der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) im Rahmen des Projekts »**Kein Blattbreit der Rechten – Verbandliche Stärkung der Prävention gegen rechte Interventionen**« entstanden [[-> www.NAJU.de/gegen-rechts](http://www.NAJU.de/gegen-rechts)]. Mit dem Projekt wollen wir für die Gefahren rechter Vereinnahmungen des Natur- und Umweltschutzes sensibilisieren, das Thema nachhaltig im Verband verankern und ihn gegen rechte Einflussnahmen stärken. Damit treten wir nicht nur für unser eigenes Wertegerüst ein. Wir wollen auch unserer zivilgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden – mehr denn je in Zeiten, in denen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus überall in Europa wieder auf dem Vormarsch sind.

Umso mehr freuen wir uns, dass ihr euch für dieses Thema interessiert!



Rechte Strömungen in Deutschland

Unter **Rechtsextremismus** wird die Gesamtheit rechtsextremer Einstellungen, (gewaltsamer) Verhaltensweisen und Aktionen zur Durchsetzung dieser Ideologie verstanden (Jaschke 2001: 30; Küpper et al. 2021: 79f.). Er zeichnet sich durch zentrale ideologische Elemente aus: Ungleichwertigkeitsdenken (Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, ...), Sozialdarwinismus [→ Seite 3], nationaler Chauvinismus (die eigene Nation wird für höherwertig und überlegen gehalten), Autoritarismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Rechtsextremismus stellt sich gegen die demokratische Verfassung und lehnt eine offene Gesellschaft sowie die Gleichwertigkeit von Menschen ab. Rechtsextreme glauben an die Idee einer ethnischen Zugehörigkeit, einer »Volksgemeinschaft«. Sie berufen sich auf das »deutsche Volk«, das sich auf eine rassistisch definierte Abstammung gründet und betonen den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum (AAS 2023; Küpper et al. 2021: 80).

Rechtspopulismus ist eine politische Strategie. Kern des Populismus ist die Unterteilung in »die politische Elite oben« und das »einfache Volk unten«. Rechtspopulisten*innen geben vor, »das Volk« zu vertreten und die vermeintlich Etablierten zu bekämpfen. Dabei wird die »Wir-Gruppe« jedoch nicht nur nach oben, sondern auch nach außen gegen andere ethnische oder religiöse Gruppen abgetrennt.

Rechtspopulist*innen folgen der Strategie, aktuelle Debattenthemen aufzugreifen und polemisch und polarisierend zuzuspitzen. Durch Provokation und inszenierte Tabubrüche gelingt es ihnen, Debatten zu beherrschen (AAS 2023; Salzborn 2008: 8). Dabei werden nationalistische, völkische [→ Seite 6], rassistische und autoritäre Thesen vertreten. So werden

bspw. Ängste vor »Überflutung« durch Migrant*innen geschürt oder islamfeindliche Positionen vertreten.

Die Übergänge zum Rechtsextremismus sind oft fließend. Einige Wissenschaftler*innen sehen im Rechtspopulismus wiederum dezidiert eine bestimmte rechtsextreme Strömung (vgl. Salzborn 2018: 8).

Die **Neue Rechte** [→ Seite 5], wie sie sich selbst bezeichnet, möchte sich von der **alten Rechten**, zu denen z. B. die Parteien DVU und Die Heimat (ehemals NPD) gehören, abgrenzen. Sie ist eine intellektuelle Strömung, die sich auf die Konservative Revolution¹ beruft, nach außen hin Rassismus und den Nationalsozialismus ablehnt und sich auf Identitätspolitik konzentriert. Auf diesem Weg möchte sie auch das bürgerliche Lager ansprechen.

Trotz der vermeintlichen Abgrenzung ist sie eine rechtsextreme Strömung. Sie vertritt menschenfeindliche, rassistische Ideen und möchte den demokratischen Verfassungsstaat geistig überwinden, um einen politischen Wandel herbeizuführen (Pfahl-Traughber 2022).

Neu ist an ihr vor allem, dass sie für rechtsextreme Ideologien neue Begriffe nutzt. So versteckt sich hinter dem harmlos klingenden Konzept Ethnopluralismus [→ Seite 6] ein menschenverachtend-rassistisches Weltbild, in dem der Begriff »Rasse« nur nicht mehr auftaucht.

Klare Trennlinien? Zwischen den rechten Bewegungen gibt es konzeptionelle und personelle Überschneidungen, sodass die Grenzen fließend sind. Fließend sind sie auch zum Konservatismus. Darüber hinaus besteht auch in der Mitte der Gesellschaft eine Offenheit zu rechten Ideologien (Zick/Küpper 2021) [→ Seite 14].

In dieser Broschüre wird »Rechte/rechte« als Sammelbegriff für Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, völkisch, Neue Rechte und alte Rechte verwendet.

¹ Die Konservative Revolution wurde nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Schweizer Publizisten und Vordenker der Neuen Rechten, Armin Mohler, erfunden. Sie ist eine Sammlung antiliberaler und antidemokratischer Strömungen der Weimarer Republik und legte die Grundlage für die Modernisierung rechtsextremer Ideologie (Schnee 2016).

1. Rechte Ökologie: Rechte Ideologien im Natur- und Umweltschutz

1.1 Historische Perspektiven

Der Natur- und Umweltschutz wird heute oft dem grünen bis linken Spektrum zugeschrieben oder das ökologische Engagement als unpolitisch gesehen. Ein genauerer Blick zeigt aber, dass es in Deutschland einen engen Zusammenhang mit rechten Ideologien gab und gibt, der vielen unbekannt ist. Im 19. Jahrhundert sahen einige deutsche Philosophen (z. B. Johann F. L. C. Jahn, Johann G. Fichte, Ernst M. Arndt) und Naturforscher (z. B. Ernst Haeckel)² die Natur als eine Quelle der Inspiration und Identität für das deutsche Volk und lehnten die Industrialisierung und Moderne ab. So idealisierten sie bspw. die »deutsche Heimat« und den »deutschen Wald«. Sie glaubten, dass es menschliche Rassen gäbe, die einer natürlichen und unveränderbaren Ordnung und Hierarchie unterliegen. Sie verbanden den Naturschutz mit Nationalismus und Antisemitismus und nutzten ihn so als ein Instrument der Propaganda.

Auch die wissenschaftliche Ökologie war in ihren Anfängen antimodern und rassistisch geprägt. So schrieb beispielsweise der Begründer des Begriffs »Ökologie«, Ernst Haeckel:

»Und doch ist die Todesstrafe für unverbesserliche Taugenichtse nicht nur gerecht, sondern auch eine Wohltat für den besseren Teil der Menschheit; dieselbe Wohltat, welche für das gedeihen eines wohl kultivierten Gartens die Ausrottung des wuchernden Unkrautes hat. Wie durch sorgfältiges Ausjäten des Unkrauts nur Licht, Luft und Bodenraum für die edlen Nutzpflanzen gewonnen wird,

so würde durch unnachsichtiges Ausrotten der unverbesserlichen Verbrecher nicht allein dem besseren Teile der Menschheit der »Kampf ums Dasein« erleichtert, sondern auch ein vorteilhafter künstlicher Züchtungsprozess ausgeübt, indem jenem entarteten Auswurfe der Menschheit die Möglichkeit genommen würde, seine verderblichen Eigenschaften zu übertragen.« (Haeckel 1873)

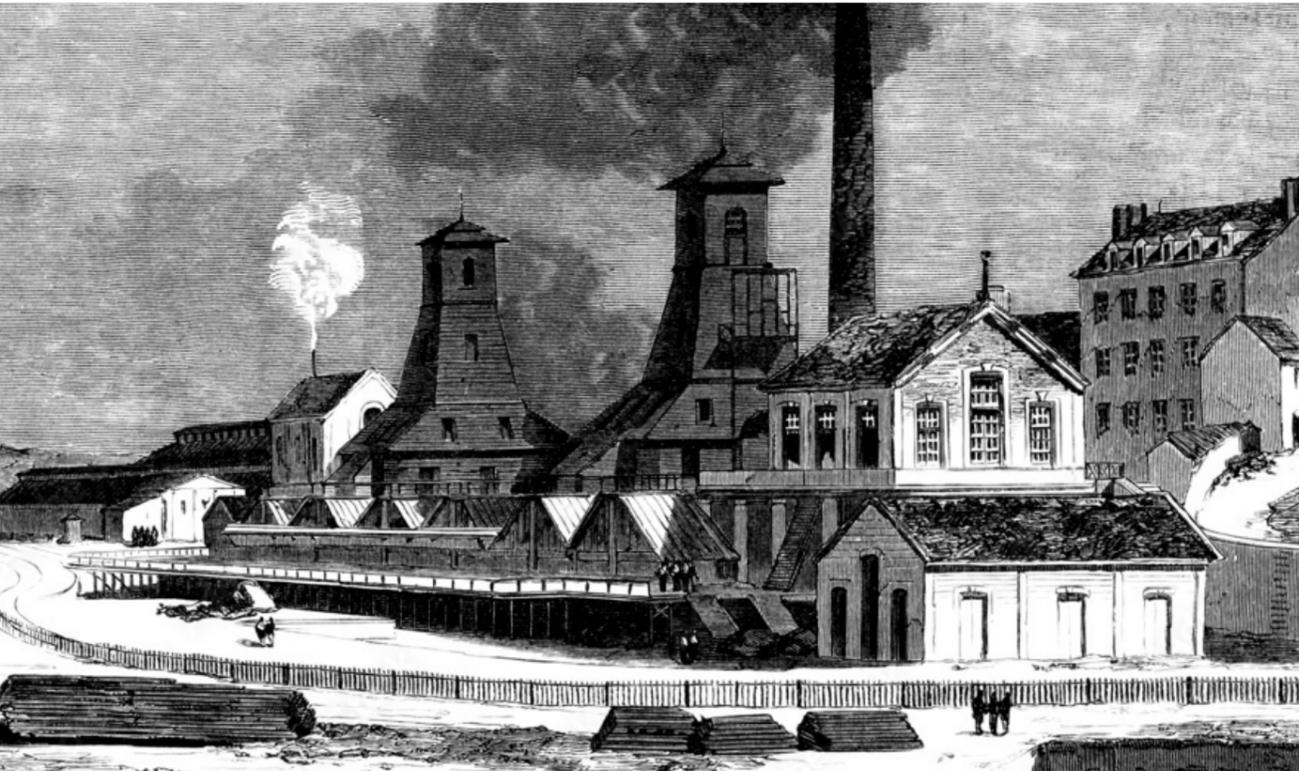
Haeckels Denken und seine wissenschaftlichen Leistungen waren stark geprägt von der Darwin'schen Evolutionslehre, die in der Zeit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert populär wurde. Die Idee, dass durch ständige Selektion und Variation immer höhere Entwicklungsformen entstünden, floss auch in seine Arbeit ein. Haeckel war fasziniert von dem Gedanken, Prozesse, die er aus der Landwirtschaft und aus der Pflanzenzüchtung kannte, auf Menschen zu übertragen. Diese Übertragung biologischer Theorien auf die menschliche Gesellschaft wird **Biologismus** genannt. Haeckel machte damit die Idee des **Sozialdarwinismus** bekannt. Diese besagt, dass Beobachtungen aus den Naturwissenschaften und der Flora und Fauna auf menschliches Zusammenleben angewendet werden sollten. Demnach herrscht ein ständiger »Kampf ums Dasein« und ein »Recht des Stärkeren«. In Haeckels Vorstellungen sollte diese Idee für Züchtungen der Menschen verwendet werden.

Diese sozialdarwinistischen und biologistischen Positionen finden wir bis heute in der Gesellschaft und auch im Natur- und Umweltschutz. Heutzutage wird der Hinweis auf eine vermeintliche Natürlichkeit immer noch ideologisch verwendet, um die

BIOLOGISMUS

ist eine Ideologie, die biologische Faktoren als ausschlaggebend für menschliche Eigenschaften und Verhaltensweisen ansieht. Die Rolle von sozialen, kulturellen und historischen Einflüssen auf die menschliche Entwicklung und Gesellschaft wird in dieser Vorstellung geleugnet oder ignoriert. Diese Logik geht zwangsläufig mit Diskriminierung und Rassismus einher, da bestimmte Gruppen als über- oder unterlegen bewertet werden.

² Zur damaligen Zeit gab es kaum Philosophinnen und Naturforscherinnen.



Existenz von Menschen und ihren Verhaltensweisen zu rechtfertigen.

Die fortschreitende Industrialisierung und die Verstädterung sorgten im Kaiserreich für eine Naturausbeutung in solch großem Ausmaß, dass die Umweltverschmutzung zu einem alltäglich erfahrbaren Problem wurde. In diesem Kontext entstand ein kontinuierliches, bürgerliches Engagement: die Natur- und Heimatschutz-Bewegung. Sie war zutiefst geprägt von antimodernistischer Zivilisationskritik. Naturschutz war im Verständnis dieser Bewegung gar nicht vorstellbar ohne Heimatschutz. Der Komponist Ernst Rudorff prägte den Begriff Heimatschutz, durch den er die volkstümliche Identität erhalten wollte. Durch eine Rückführung des Menschen zur Natur wollte er diese wieder in ein historisch gewachsenes, traditionelles, soziales und religiöses Gefüge einbinden. Die moderne Gegenwart und Städte lehnte er ab, da hier die Menschen durch »Geld und Handel« sowie den »jüdischen Geist« entwurzelt würden. Hier kommt der Antisemitismus in den Natur- und Umweltschutz. 1904 gründete er den *Bund Heimatschutz* (später *Deutscher Heimatbund*), der weder Frauen noch

Jüd*innen als Unterzeichner*innen zur Gründung des Bundes zuließ. Noch heute ist die Parole »Naturschutz ist Heimatschutz« bei rechtsextremen Parteien zu finden.

Im 20. Jahrhundert wurden die Ideen der Heimatschutzbewegung und der Sozialdarwinismus von den Nationalsozialist*innen übernommen, die eine rassistische und totalitäre Ideologie vertraten. Sie propagierten den sogenannten »Blut und Boden«-Mythos, der besagte, dass das deutsche Volk eine besondere Verbindung zur Natur und zum Land habe, die es vor fremden Einflüssen zu bewahren gelte. Sie förderten zunächst auch einige umweltpolitische Anliegen wie den Naturschutz und die biologische Landwirtschaft. Dies taten sie zum Teil aus Überzeugung, aber an vielen Stellen nur als Mittel zur Stärkung ihrer Macht und zur Ausgrenzung anderer.

»Immer ist die Landschaft eine Gestalt, ein Ausdruck und eine Kennzeichnung des in ihr lebenden Volkes. Sie kann das edle Antlitz seines Geistes und seiner Seele ebenso wie auch die Fratze des Ungeistes, menschlicher und seelischer Verkommenheit sein.« (Heinrich Wiepking-Jürgensmann 1942: 8)

Foto: Erica Guiliane-Nachez / stock.adobe.com

Beispielhaft lässt sich die Verbindung der »Blut und Boden«-Ideologie und dem nationalsozialistischen Massenmord anhand der Rolle von führenden Naturschützern wie Heinrich Wiepking-Jürgensmann zeigen. Er war als einflussreicher Landschaftsarchitekt bei der Entwicklung des Generalplans Ost zuständig, um Konzepte einer sogenannten Wehrlandschaft in den eroberten Ostgebieten zu entwerfen. Dahinter stand die Idee, mehr »Lebensraum« für das deutsche Volk zu schaffen und diesen den vermeintlich besonderen deutschen Bedürfnissen und Gegebenheiten anzupassen. Zugleich sollte die Landschaft den Bewohner*innen im Fall der Verteidigung eine gute Ausgangsposition bieten und den Angreifenden Hindernisse entgegenstellen. So entwickelte Wiepking-Jürgensmann landschaftspflegerische Vorgaben, wie z. B. Wälder und Seeufer gestaltet werden sollten. Das geschah mit dem Wissen, dass die dort lebenden Menschen deportiert und vernichtet werden.

An dem Zitat zuvor zeigt sich, dass Wiepking-Jürgensmann von einer natürlichen Verbindung von Menschen und Landschaft und dementsprechend einer Wechselwirkung ausging. So sei der Grund von unkultivierten oder versteppten Landschaften die Beschaffenheit der dort siedelnden Menschen. Die deutschen Landschaften hingegen seien aufgrund des »edlen Antlitzes« des deutschen Geistes ein Anblick wahrer Schönheit. Folgerichtig mussten die eroberten Landschaften erst umgestaltet werden, damit Deutsche dort leben konnten. Das verdeutlicht den Kern der »Blut und Boden«-Ideologie: Menschen werden in einheitliche Gruppen eingeteilt, die jeweils ihre eigene Umwelt gestalten und benötigten. Dieses Verständnis schließt entschieden aus, dass solche Entwicklungen, wie sie in der Menschheitsgeschichte u.a. durch Migrationsbewegungen stets vorhanden waren, akzeptiert werden.

1.2 Aktuelle Perspektiven

In den letzten Jahren haben rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wie die AfD, die Heimat (ehemals NPD) oder der Dritte Weg versucht, an die Traditionen des historisch rechten Natur-

und Umweltschutzes anzuknüpfen und sich als Vertreter*innen eines authentischen Natur- und Umweltschutzes zu präsentieren (diversu 2020: 2f.). Sie treten damit in eine Linie, die sich gegen den gesellschaftlichen Wandel und die Modernisierung richtet. Dabei nutzen sie vor allem Themen wie Windkraft, Stromtrassen oder das Tesla-Werk, um gegen die Energiewende zu mobilisieren. Für viele Rechte gilt die Großstadt als ein Symbol für die Auswüchse der Industrialisierung und der Globalisierung. Durch eine städtische und »multikulturelle«³ Bevölkerung fühlen sie sich vor einer vermeintlichen »Überfremdung« bedroht. Die Angst vor dem Verlust der »eigenen Kultur« spielt dabei eine wichtige Rolle. Somit liegt es nahe, sich eher auf den ländlichen Raum zu konzentrieren und dort den »Sehnsuchtsort deutsche Heimat« zu finden, zu bewahren oder wiederzubeleben. Diese romantisch-verklärte Vorstellung wurde historisch schon immer verknüpft mit einer kleinbäuerlichen Wirtschaftsweise und einem naturnahen Leben, die relevant für das »deutsche Volk« sein soll.

Heute knüpft an diese Vorstellungen die sogenannte **Neue Rechte** [→ Seite 2], wie sie sich selbst bezeichnet, wieder an. Die Neue Rechte ist eine politische, intellektuelle Strömung, die sich von der alten Rechten abgrenzen will und sich auf die Denktradition der sogenannten Konservativen Revolution der Weimarer Republik beruft. Damit strebt sie einen grundlegenden politischen Wandel an. Sie vertritt eine konservative, nationalistische und kulturkritische Haltung, die sich gegen Globalisierung, Einwanderung und Diversität richtet. Als eine vermeintliche Neuerung lehnt sie nach außen hin Rassismus oder den Nationalsozialismus ab, die sie als Merkmale der alten Rechten ansieht.

Um ihre politischen Ziele zu erreichen, müsste es zunächst einen geistigen Wandel geben. Dazu setzt die Neue Rechte auf eine Strategie der **Metapolitik**. Diese zielt darauf ab, rechte Ideen in verschiedenen Bereichen wie Medien oder Bildung zu verbreiten und in der Öffentlichkeit zu normalisieren. Auch mit ökologischen Themen versucht die Neue Rechte, ihre Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Dabei nutzt sie oft verschleierte Begriffe,

³ Der Begriff »multikulturell« ist in Anführungszeichen gesetzt, um auf seine umstrittene Bedeutung hinzuweisen. Der Begriff suggeriert, dass es klar abgrenzbare Kulturen gibt, die nebeneinander existieren, ohne sich zu vermischen oder zu beeinflussen. Das ist jedoch eine vereinfachende und essentialisierende Sichtweise. Essentialisierung bedeutet, dass bestimmte Merkmale (über-)betont werden. Einerseits werden Personen dadurch auf diese Merkmale reduziert, andererseits beinhaltet es die Annahme, dass Menschen aufgrund bestimmter Merkmale eindeutig bestimmten Gruppen zugeordnet werden können (IDA 2023). Diese Sichtweise ignoriert damit die Vielfalt und Dynamik kultureller Praktiken und Identitäten. Der Begriff wird hier jedoch verwendet, um die Vorstellung rechter Akteur*innen deutlich zu machen.

um ihre radikalen Positionen zu kaschieren oder zu legitimieren. Als Beispiel soll hier die Initiative *Ein Prozent für unser Land* dienen, die 2017 das *Netzwerk Landraum* verkündet hat (Grigori/Trebing 2017). Sie verfolgt damit die Idee, das Vorbild eines naturnahen und ökologischen Dorflebens mit der **völkischen** Identität zu verbinden. Beim Landraum-Projekt werden junge Familien, Landwirt*innen oder Handwerker*innen gesucht, die in strukturschwachen Gebieten Immobilien erwerben und den ländlichen Raum als »patriotische Leuchttürme« wiederbeleben, ökologische Landwirtschaft betreiben, regionale Produkte erwerben und das Leben nach dem völkischen Vorbild gestalten wollen: nämlich autark, regional und ökologisch. Ein weiteres Beispiel ist die seit 2020 erscheinende

Naturschutzzeitschrift **Die Kehre**, die ebenfalls aus dem Netzwerk um *Ein Prozent* herausgegeben wird.

Neurechte Gruppierungen wie die *Identitäre Bewegung* arbeiten viel mit germanischen, naturverbundenen Symbolen und den Schlagworten »Heimat«, »Freiheit« und »Tradition« (vgl. Identitäre Bewegung 2023). Sie propagieren das Konzept des **Ethnopluralismus** und warnen vor »dem großen Austausch«. Demnach planen die aus den USA gesteuerten Eliten durch Migrationsbewegungen die ethnische Zusammensetzung von europäischen Ländern zu verändern. Sie sind gegen Einwanderung, Globalisierung und Vielfalt und behaupten, sich um die Umwelt zu kümmern – allerdings nur für ihre »Ethnie«⁴ oder eigene Nation.

VÖLKISCH

beschreibt in seiner ursprünglichen Bedeutung eine rassistisch definierte Gruppe mit klaren Abgrenzungen zu anderen Menschengruppen. Populär wurde die Bezeichnung im Zuge der Formierung »völkischer Bewegungen« im deutschen Kaiserreich. Diese Bewegungen waren heterogen aufgestellt, mal christlichen, mal germanischen Glaubens. Doch in einem ähnelten sie sich: Sie verfolgten das Ziel, eine rassistische ethnisch-homogene deutsche Volksgemeinschaft herzustellen. (FARN 2023)

DIE KEHRE

erscheint seit 2020 vierteljährlich und behandelt klassische Themen rechter Ökologie. Chefredakteur Jonas Schick ist durch sein Engagement in der neurechten Szene bekannt und die anderen Autoren (selten Autorinnen) stammen aus dem Umfeld des neurechten *Institut für Staatspolitik*, der AfD oder *Ein Prozent*. Das Ziel ist es, den Naturschutz wieder als rechtes Thema zu besetzen und den demokratischen Kräften mit ihrer angeblich falschen Ökologie zu entreißen.

ETHNOPLURALISMUS

gehört zum Weltbild der Neuen Rechten, das den Rassismus neu und weniger angreifbar begründen soll. Der Begriff bedeutet »Völkervielfalt« und leitet sich vom griechischen »ethnos« (Volk) und dem lateinischen »pluralis« (Mehrzahl) ab. Es liegt die Vorstellung zugrunde, dass Menschen in »Völker« und »Kulturen« eingeteilt werden können, die jeweils eine eigene, in sich geschlossene Identität haben und auf ein bestimmtes Territorium begrenzt sind. Es wird die Vermischung und Beeinflussung von verschiedenen Kulturen abgelehnt und eine kulturelle Homogenität von Staaten und Gesellschaften gefordert. Ethnopluralismus wird auch als »Rassismus ohne Rassen« bezeichnet, da er eine Diskriminierung und Ausgrenzung von »Fremden« rechtfertigt.

Im Folgenden wird der Blick auf drei Themenfelder geworfen, die von rechten Akteur*innen gerne bespielt werden: die Neobiota-Debatte, der Mythos der »Überbevölkerung« und das Leugnen des Klimawandels.

1.3 Neobiota

Wie sich zeigt, ist der rechte Natur- und Umweltschutz kein neues Phänomen, sondern hat eine lange Geschichte in Deutschland. Es ist ein Versuch, ökologische Fragen für eine antidemokratische und menschenfeindliche Ideologie zu missbrauchen. Er steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung, die auf sozialer Gerechtigkeit, globaler Solidarität und demokratischer Teilhabe beruhen. Beispielhaft lässt sich das an der Debatte um Neobiota festmachen.

Der Begriff Neobiota bezeichnet Arten, die sich in einem Gebiet etabliert haben, in dem sie zuvor nicht heimisch waren. Erst durch menschliche Einwirkung sind sie, bspw. mit dem globalen Handel von Waren, in neue, nicht-heimische Gebiete gelangt. Um die negativen Auswirkungen von Neobiota zu minimieren, gibt es verschiedene Maßnahmen: verhindern, kontrollieren oder gar beseitigen. Diese Maßnahmen basieren auf internationalen und nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie der Biodiversitätskonvention von 1992, dem Bundesnaturschutzgesetz von 2004 und der EU-Verordnung Nr. 1143/2014 aus dem Jahr 2014. Die Regelungen zielen darauf ab, gegen gebietsfremde Arten, die eine Gefahr für die einheimischen Arten darstellen, vorzugehen.

Verschiedene Akteur*innen aus dem rechten Spektrum nutzen diese Vorstellung, um ihre Ideologie von einer »reinen« und »unvermischten« Natur zu propagieren. Dabei werden Neobiota oft als Bedrohung für die »einheimischen« Arten und damit die »nationale Identität« dargestellt. Für Neobiota werden Begriffe wie »Invasion«, »Eindringlinge« oder »Fremdlinge« verwendet, um die Arten als Bedrohung für die einheimische Flora und Fauna darzustellen. Diese Begriffe werden auch auf Migrant*innen übertragen, um sie als unerwünscht für die deutsche Gesellschaft zu stigmatisieren. Hier kommt nicht nur erneut ein Biologismus zum

Tragen. Es offenbart sich auch wieder die »Blut und Boden«-Ideologie des Nationalsozialismus, die sich bis heute in rechten Argumentationen wiederfindet: die Einheit von »deutschem Volk« und »deutscher Heimat«, die es zu schützen und vor Veränderungen zu bewahren gelte.

Eine Anwendung des rassistischen Reinheitsgedankens auf die Natur, der eine klare Trennung zwischen »ursprünglichen« und »eingeschleppten« Arten fordert, ignoriert historische und globale Zusammenhänge, die zu Veränderungen der Artenzusammensetzung geführt haben und führen (wie bspw. klimatische Veränderungen). Letztlich ist es eine Instrumentalisierung von Natur- und Umweltschutzargumenten für eine nationalistische Politik, die sich gegen Migration und internationale Zusammenarbeit richtet. Diese Argumentation behauptet, dass Neobiota eine Gefahr für die nationale Identität und Sicherheit darstellen und dass nur eine Abschottung vor ihnen schützen kann. Auf dem Feld Neobiota offenbart sich ganz offen und unverblümt die menschenrechtsfeindliche Ausgrenzungspolitik.

1.4 Überbevölkerung

Der Ursprung der Idee der »Überbevölkerung« geht auf den britischen Ökonomen Thomas Malthus zurück. Er stellte 1798 die These auf, dass die Bevölkerung schneller wachse als die Nahrungsmittelproduktion. Die Folge seien Hungersnöte, die zu Epidemien und Kriegen führten. Solche Probleme, so Malthus, müssen durch die Verringerung der Geburtenraten – insbesondere bei Armen – abgewendet werden (Passeick 2019: 9). Diese Denkrichtung ist gemeinhin als **Malthusianismus** bekannt. Es zeigte sich, dass die von Malthus angekündigten Szenarien nicht eintraten. Seine Ideen hingegen waren und sind weiterhin populär – in unterschiedlichen politischen Spektren.

Ähnliche Gedanken wie die von Malthus sind die Grundlagen des Buches »Die Bevölkerungsbombe« von 1968 des Biologen Paul Ehrlich. Er vertrat die Meinung, dass Umweltzerstörung große Hungersnöte in sogenannten »Entwicklungsländern« nach sich ziehen. Im Jahr 1972 veröffentlichte der *Club of Rome* die bis heute weitestgehend anerkannte These, dass die Zunahme der Weltbevölkerung

⁴ Der Begriff »Ethnie« ist in Anführungszeichen gesetzt, um darauf hinzuweisen, dass er nicht unproblematisch ist. Der Begriff impliziert eine feste und homogene Gruppe von Menschen, die sich durch gemeinsame Merkmale wie Sprache, Kultur oder Religion auszeichnet. Vielfalt und Dynamik innerhalb und zwischen den Gruppen werden dabei ausgeblendet. Dadurch wird ein Andersmachen von Gruppen bewirkt. Der Begriff »Ethnie« kann somit genutzt werden, um Hierarchien und Machtverhältnisse zwischen den Gruppen zu legitimieren oder zu verschleiern.

zusammen mit der Zunahme der Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Nahrungsmittelproduktion und Ausbeutung der Natur zu natürlichen Wachstumsgrenzen auf der Erde führen. Die Idee einer vermeintlichen »Überbevölkerung«, die verhindert werden müsse, trifft auch heute in Umwelt-, Postwachstums- und Naturschutzbewegungen auf Zustimmung (ebd. 9).

Auch viele rechte Akteur*innen benutzen das Argument der »Überbevölkerung«, um die Verantwortung für die Umweltzerstörung von sich zu weisen und die Ursachen nicht im Globalen Norden, sondern vielmehr im Globalen Süden zu verorten. Ein Beispiel dafür sind die Überlegungen von Felix Menzel, neurechter Burschenschaftler, Stichwortgeber der *Identitären Bewegung* und Herausgeber der Zeitschrift *Blaue Narzisse*. Er befasst sich in seinen Texten mit Wachstumskritik und den Sorgen um den Schutz der Umwelt. Seine Texte beinhalten rassistische und malthusianische Elemente. Menzel fürchtet eine vermeintliche »Überbevölkerung« und behauptet, dass es zu viele Menschen im Globalen Süden gäbe. Er argumentiert, dass es eine ökologische Katastrophe zur Folge hätte, sollten Wohlstand und Lebensstil des Globalen Südens auf dasselbe Niveau wie im Globalen Norden anwachsen. Auch in Bezug auf die Migrationsbewegungen folgt er einer ähnlichen Logik: Ein Leben im Globalen Norden ist mit mehr Ressourcenverbrauch verbunden, deswegen sollten Menschen aus dem Globalen Süden nicht in den Globalen Norden migrieren. Die Schließung der Grenzen sei daher eine Lösung für Umweltprobleme.

Diese Argumente von Menzel basieren auf sozialdarwinistischen Vorstellungen. Der übermäßige Ressourcenverbrauch des Globalen Nordens als Ursache für Umweltzerstörung wird hier nicht hinterfragt. Vielmehr soll der Wohlstand der eigenen Gesellschaft auf Kosten anderer Menschen, die noch heute unter den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Kolonialismus leiden, gesichert werden. Länder und Bevölkerungen, die jahrelang ausgebeutet und ausgeraubt wurden und sich zum Teil aufgrund dieser Geschichte in einer schwachen ökonomischen Situation befinden, sollen weiterhin für die Lebensweise des Globalen Nordens »geopfert« werden – der auch heute noch von den Folgen des Kolonialismus profitiert. Zugleich impliziert es eine

Ungleichwertigkeit von Menschen: auf der einen Seite Menschen, die ein gutes Leben verdienen, auf der anderen Seite Menschen, die benachteiligt werden dürfen.

Exemplarische Kernideen des Naturschutzes von rechts sind auch in den »Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende« zu finden. Sie wurden 2019 im Internetportal *Recherche Dresden* veröffentlicht, welches von Menzel geleitet wird. Zentral für die kritische Reflexion über eine angebliche »Überbevölkerung« sind drei Thesen: »1. Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme«, »6. Weniger Mobilität schützt die Umwelt« und »7. Sichere Grenzen sind die beste Umweltpolitik«. In diesen Thesen finden sich klare antidemokratische und menschenfeindliche Positionen. In der ersten These findet eine pauschale Externalisierung der Verantwortung für die Umweltherausforderungen statt. Weder das Konsumverhalten noch die verwendeten Energiequellen oder die Art und Weise der Produktion der großen Konzerne aus dem Globalen Norden werden hinterfragt.

In der sechsten These ist eine klassische neurechte Argumentation zu finden. Sie geht davon aus, dass durch eine vielfältige Mobilität eine »Entortung« stattfindet. So würden Menschen ihre »Heimat« verlieren. Die steigende Mobilität – sei es in Form von Tourismus oder Migration – würde dafür sorgen, dass sowohl die Reisenden als auch die Einheimischen ihren Bezug zu ihrem »eigenen Raum« verlieren und dadurch »ent-ortet« werden. Diese Vorstellung beruht auf einer natürlichen Verbindung zwischen Menschen und »ihrem Boden«. Hier zeigt sich wieder die »Blut und Boden«-Ideologie des Nationalsozialismus. Weiter repräsentiert die siebte These eine grundsätzliche Idee von völkischen und rassistischen Kreisen: Migration müsse verhindert werden. Diesmal zugunsten des Umweltschutzes. Die Thesen sechs und sieben sehen als »Lösung« für die Umweltprobleme, nicht allen Menschen Freizügigkeit und das Recht, nach einem besseren Leben zu streben, zuzusprechen. Nicht zu vergessen ist dabei, dass für viele Menschen – die z. B. in einem Kriegsort oder einer Diktatur leben – die Möglichkeit der Mobilität und des Überquerens einer Grenze die einzige Chance des Überlebens bedeuten kann. Hier zeigt sich, dass sich die vermeintlich intellektuellen Neuen Rechten alter Vorurteile



und menschenfeindlicher Ideologien bedienen und diese mit gegenwärtigen Themen verknüpfen. Ökologie wird genutzt, um antidemokratische Weltansichten zu verbreiten.

Die Geburtenkontrolle zur Vermeidung einer »Überbevölkerung«, die Einschränkung der Mobilität und die Schließung der Grenzen sind Elemente einer Logik der Ungleichwertigkeit. Diese hängt nicht mit dem Natur- und Umweltschutz zusammen. Sie zielt darauf ab, Privilegien zu bewahren, ohne Platz für komplexe Fragen und eine kritische Auseinandersetzung mit der Lebensweise im Globalen Norden zu lassen.

1.5 Klimawandelleugnung

Einerseits zeigen bestimmte rechte Gruppen und Akteur*innen ein vermeintliches Interesse an dem Thema Naturschutz und nutzen es aus, um immig-

rationsfeindliche Ansichten zu verbreiten und eine Geburtenkontrollpolitik im Globalen Süden zu fordern. Andererseits ist innerhalb rechter Parteien die Leugnung des Klimawandels die immer noch am häufigsten vertretene Position. Nicht selten aber werden beide Ansichten kombiniert. So erschien bspw. am 15. Oktober 2019 auf der Facebook-Homepage der neurechten Zeitschrift *Recherche D*, dass von »einem menschengemachten Klimawandel auszugehen« abwegig sei. Der Text geht auf Felix Menzel zurück, der, wie zuvor erwähnt, die »Überbevölkerung« für die Umweltprobleme verantwortlich macht.

Wir sprechen von Klimawandelleugnung, wenn Menschen die Ergebnisse des wissenschaftlichen Beratergremiums der internationalen Klimapolitik, des *Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)* oder anderer wissenschaftlicher Einrichtungen nicht anerkennen. Klimawandelleugner*innen

halten den Temperaturanstieg der Erde entweder für eine falsche Beobachtung oder für ein natürliches Phänomen. Sie argumentieren oft, dass sich die Erdtemperatur schon immer gewandelt habe und deshalb der Mensch keinen Einfluss darauf hätte. Zudem werden Verschwörungstheorien verbreitet, nach denen es nur darum ginge, Forschungsgelder zu generieren oder einen »Öko-Sozialismus« auf Kosten der Freiheit einzuführen. Oft handeln die Verschwörungserzählungen von der Existenz einer kleinen Gruppe, die heimlich handle und die Geschicke der Welt leite. Seit Jahrhunderten wird diese Gruppe als jüdisch dargestellt. Daher enthalten Verschwörungstheorien oft antisemitische Elemente.

Es gibt auch Menschen, die den menschengemachten Klimawandel nicht zwingend leugnen, die vorgeschlagenen und umgesetzten Maßnahmen für den Klimaschutz allerdings anzweifeln. In diesem Fall sprechen wir von einer Klimapolitiksepsis.

Netzwerke der Klimawandelleugnung

Teile der fossilen Industrie instrumentalisieren die Leugnung des Klimawandels. Sie ist ein Mittel, um wirtschaftliche Interessen abzusichern. In diesem Zusammenhang ist die US-amerikanische Denkfabrik *Heartland Institute* eine zentrale Figur. Das

Institut wird von der Erdöl- und Tabakindustrie finanziert und argumentiert pseudowissenschaftlich gegen Klimaschutzvorschriften. Ziel ist es, mithilfe von Kampagnen den Status Quo zu erhalten. Ein Beispiel hierfür ist die Unterstützung von der neurechten Youtuberin Naomi Seibt. Sie produziert Videos zur Klimawandelleugnung, adressiert junge Menschen und ist Mitglied der Jungen Alternative für Deutschland (JA).

Das *Heartland Institute* arbeitet mit dem Lobbyverein *Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)* eng zusammen. *EIKE* ist kein Forschungsinstitut, sondern ein pseudowissenschaftlicher Verein von Klimawandelleugner*innen. (Der Begriff »Institut« ist nicht geschützt.) *EIKE* beschäftigt sich mit der gezielten Verbreitung von Desinformation. Michael Limburg, Vizepräsident des Vereins, arbeitet für Karsten Hilse, den klimapolitischen Sprecher der AfD im Bundestag, der den Klimawandel radikal leugnet.⁵

2019 organisierte die Zeitschrift der Neuen Rechten *Compact* die Konferenz »Gegen den Klimawahn« in Magdeburg und lud Vertreter*innen von *EIKE* und der AfD ein.⁶ In der Veranstaltung wurde der Begriff »Klimahysterie« vielfach verwendet, um den Diskurs

zum Klimawandel als überzogen, unnötig und realitätsfremd zu diffamieren.

Die große Präsenz der AfD im Netzwerk der Klimawandelleugnung ist kein Zufall. Die Partei stellt den politischen Arm der Klimawandelleugnung in Deutschland dar (Schaller/Carius 2019: 84). Laut ihrem Grundsatzprogramm⁷ ist CO₂ nicht schädlich, sondern förderlich für das Pflanzenwachstum. Die positive Wirkung von CO₂ auf das Pflanzenwachstum ist allgemein bekannt. Ab einer gewissen CO₂-Konzentration wachsen Pflanzen jedoch nicht mehr schneller und der Düngeeffekt von CO₂ wird durch negative Folgen des Klimawandels begrenzt (Paál 2023).

Innerhalb der AfD gibt es ein völkisches Spektrum, das die Anerkennung des Klimawandels einfordert, während die Hauptlinie der Partei aber mindestens skeptisch gegenüber der Existenz eines menschengemachten Klimawandels bleibt. Diese Spaltung wurde 2019 deutlich, als die Berliner JA nach den Ergebnissen der Europawahl dem Parteivorstand eine Analyse der Wahlen zusandte. Aufgrund der Beobachtung, dass nur ein geringer Anteil der Stimmen von jungen Menschen und der Bevölkerung in urbanen Gebieten kam, forderte die JA die Partei auf, ihre Klimapolitik zu ändern. In der Analyse finden sich u.a. folgende Aussagen: »Das Thema Klimawandel und Umweltschutz muss von uns stärker besetzt werden« und »Wir fordern die Mandats- und Funktionsträger unserer Partei dazu auf, von der schwer nachvollziehbaren Aussage Abstand zu nehmen, der Mensch würde das Klima nicht beeinflussen« (Junge Alternative 2019, zitiert nach Schroers 2019).⁸

Zudem ergab eine Umfrage des ARD-Morgenmagazins aus demselben Jahr, dass 60 Prozent der AfD-Anhänger*innen glauben, dass der Mensch für die globale Erwärmung verantwortlich ist (Tagesschau 2019). Angesichts dieser Zahlen ist es für einen Teil der Partei klar, dass die Position zur Klimakrise ein Schlüsselfaktor für den Gewinn oder den Verlust von Wähler*innen ist. Das Interesse dieser Mitglieder, sich von der Klimawandelleugnung zu distanzieren, ist daher insbesondere durch politische und nicht ökologische Interessen begründet.

Es ist bemerkenswert, dass die JA in der gleichen Analyse, die ein Ende des Leugnens fordert, die Forderung nach einer »Ein-Kind-Politik« für Länder des Globalen Südens als Klimapolitik stellt (Kiesel/Fiedler 2019). Das verdeutlicht, dass innerhalb der Partei selbst eine abweichende Haltung zur Klimawandelleugnung weiterhin mit der rassistischen Ideologie der AfD übereinstimmt (Reusswig et al. 2021: 268).

Energiewende vs. Naturschutz

Die AfD lehnt die Energiewende als Ganzes ab. Laut der Partei ist die Energieversorgung durch erneuerbare Energien nicht gewährleistet. Sie argumentiert, dass der Kohleausstieg zu Job- und Wohlstandverlusten und steigenden Energiepreisen führen würde. Die Partei behauptet, sie wolle die Bürger*innen vor finanzieller Belastung durch Klimaschutzmaßnahmen schützen. Jedoch vertritt sie als neoliberale Partei die Interessen der großen Konzerne. Eine Strategie der AfD ist die Annäherung an Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen.⁹ Die Teilnehmenden lokaler Proteste sind zumeist keine Klimawandelleugner*innen, sondern eher Klimaskeptiker*innen (Eichenauer et al. 2018: 638). Sie sehen den Handlungsbedarf gegen die Erderwärmung, sind aber nicht für den Ausbau von Windrädern in ihrer Region.

»Zu den Hauptgründen zählen die Angst vor möglichen Gesundheitsschäden, eine nicht ausreichende Berücksichtigung von Natur- und Landschaftsschutz, eine generelle Kritik an der Umsetzung der Energiewende [...] sowie die Angst vor einem möglichen Wertverlust des eigenen Grundstückes.« (ebd.: 636f.)

Aufgrund des gemeinsamen Ziels, die Energiewende zu stoppen, kommt die AfD für viele als wählbare Partei infrage.

Die Ablehnung der Energiewende ist in gewissem Maße auch die vertretene Position der Neuen Rechten, welche die Magazine *Compact* und *Recherche D* als Sprachrohre nutzen. Aber auch in Fällen, in denen keine offensichtliche Klimawandelleugnung zu erkennen ist, diffamieren Neue Rechte die



Foto: Zerbor / stock.adobe.com

⁵ www.youtube.com/watch?v=_SwDFcZTq58. Mehr Informationen dazu findest du hier: www.nf-farn.de/extreme-rechte-klima-reden-compact-konferenz-gegen-klimawahn.

⁶ <https://taz.de/Klimaleugner-bei-der-Klimakonferenz/!5556295/>

⁷ www.afd.de/grundsatzprogramm/

⁸ Die Publikation führte zur Spaltung des Berliner JA-Vorstandes. Andere Vorstandsmitglieder sagten, dass der Vorsitzende David Eckert ohne Abstimmung den Text veröffentlichte.

⁹ Bspw.: <https://taz.de/Initiative-kritisiert-falsche-Fakten/!5704334/>



erneuerbare Energie als keine Alternative zur fossilen Energie. Die rechte Zeitschrift für Naturschutz, *Die Kehre* [→ Seite 6], stellt die Energiewende als Bedrohung für die Versorgungssicherheit Deutschlands dar. Im Editorial der Ausgabe zum Thema »Energie« schreibt der Chefredakteur:

»Der Einwurf, daß [sic!] mit den Erneuerbaren eine alternative Energiequelle bereitstünde, die nicht auf dem fossilen Energieregime beruht, ist ein Trugschluß [sic!].« (Schick 2020: 1)

Lotta Bergmann, Autorin der Zeitschrift, nutzt in ihrem Text »Im Schatten der Windkraft stirbt der Artenschutz« (2020) den Tod von Vögeln, Fledermäusen und Insekten als Folge des Windkraftausbaus als Argument gegen die Windkraft. Die Fragen

und Sorgen der Zivilgesellschaft hinsichtlich des Windkraftausbaus und möglicher Folgen für die Natur und das menschliche Leben sind legitim und gehören zum demokratischen Zusammenleben. Die Neue Rechte bedient sich jedoch dieser Punkte, um die Debatte über den Klimaschutz zu diskreditieren und rassistische Ideen zu verteidigen. Am Ende ihres Beitrags schreibt Bergmann, dass es für die Umwelt besser wäre, sich statt der Energiewende thematisch mit der »globalen Bevölkerungsexplosion« zu beschäftigen, die »die entscheidende Ursache der Umweltkrise auf unserem Planeten« sei (Bergmann 2020). Hier wird wieder der Naturschutz instrumentalisiert, solange es gegen die Energiewende und für eine ungerechte und undemokratische Gesellschaft geht.

Foto: hafenkneker / stock.adobe.com

2. Handlungs- und Argumentationsstrategien

2.1 Demokratischer Natur- und Umweltschutz

Die Vereinnahmung des Natur- und Umweltschutzes durch rechte Akteur*innen sowie antidemokratisches Verhalten sind eine Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben. Unsere Demokratie muss in diesen Tagen mehr denn je geschützt werden. Der Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sind Teil des demokratischen Prozesses, der zunehmend gefährdet ist. Antidemokratische Bestrebungen können auf Grundlage von Diskriminierung und Ausgrenzung z. B. die Einschränkung des Zugangs zu wichtigen natürlichen Ressourcen beinhalten, die Einschränkung der Rechte verschiedener Gruppen, wie z. B. Religionsgemeinschaften oder LGBTQIA*-Personen¹⁰, betreffen oder die Einschränkung der Partizipation der Öffentlichkeit in Entscheidungsprozessen treffen.

So wird gegen den Bau von Windrädern oder Solaranlagen mit Verweisen auf negative Folgen für die Umwelt oder den Menschen argumentiert (Stichworte sind u.a. Lärmschutz, Landschaftsbild, Vogelschutz). Oftmals geht es dabei jedoch weniger um tatsächliche Auswirkungen als vielmehr um eine grundsätzliche Ablehnung der Maßnahmen und

eine Abneigung gegenüber der Energiewende. Mit diesen Scheinargumenten wird nicht nur der Klimaschutz beeinträchtigt. Es werden auch unsere Demokratie und der politische wie gesellschaftliche Diskurs untergraben (vgl. Brunnengräber 2021).

Wir sehen uns gesellschaftlichen Herausforderungen wie sozialen Ausgrenzungen, Ideologien von Ungleichheit, Polarisierungen von antidemokratischen Einstellungen, Populismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber. Diese stehen konträr zu den Grundprinzipien Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität und spitzen sich zu Konkurrenz, Wut und Abwertungstendenzen zu (vgl. Zick/Küpper 2015). Solche Agitationen sind auf verschiedene Weise gefährlich. Eine der größten Gefahren besteht darin, dass sie politische Prozesse zu untergraben versuchen und die Gleichheit und Chancengleichheit von Bürger*innen durch rassistische, klassistische, ableistische¹¹, sexistische und queerfeindliche Argumente verletzen und in Frage stellen.

Doch für alle, die Natur-, Umwelt- und Klimaschutz mit Menschenrechten gleichsetzen und mit der ganzen Weltgesellschaft – und nicht gegen Teile von ihr – durchsetzen wollen, sind Naturschutz und Demokratie keine Gegensätze.

»Je mehr der Natur- und Umweltschutz an seinen alten, konservativen Sichtweisen festhält und je weniger er sich auf das, was an Zukunft neu und evolutionär zu werden beginnt, blickt, umso mehr wird er in Zukunftsängste und zu Abwehrstrategien, die sich gegen strukturellen Wandel wenden, gedrängt werden. Dies droht ihn tendenziell in rechte oder linke Extreme zu treiben sowie seine Widerstandskraft gegenüber antidemokratischen, autoritären und reaktionären Einstellungen, Denkweisen und Verhalten zu schwächen.« (Bechmann 2013: 33)

»Um sich deutlich und wirksam gegen eine Instrumentalisierung von Rechts abzugrenzen, ist der Natur- und Umweltschutz gefordert, sich eine durchgängig demokratische, selbstkritisch-aufklärerische und in der Sache zukunftsangemessene Orientierung zu geben und nach ihr zu handeln.« (ebd.: 32)

¹⁰ LGBTQIA* steht für Lesbian (lesbisch), Gay (schwul), Bisexual (bisexuell), Transsexual/Transgender (transsexuell/transgender), Queer (queer/fragend), Intersexual (intersexuell) und Asexual (asexuell). Das * steht für alle weiteren Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen.

¹¹ Ableismus bedeutet, dass Menschen aufgrund von körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen ungleich behandelt und diskriminiert werden.

Anknüpfungspunkte des Naturschutzes zu antidemokratischen Weltanschauungen müssen dabei bedacht werden. Dazu zählen der Vorrang des Gemeinwohls vor Individualinteressen, aber auch unterschiedliche Auslegungen der Vorstellung eines gelingenden Lebens (Eser 2016: 123).

Die *Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN)* hat in einer Hochschulumfrage unter Studierenden grüner Berufe aufgezeigt, dass es in dieser Gruppe trotz einer eindeutigen demokratischen Positionierung eine Offenheit für nach rechts anschlussfähige Positionen und Denkmodelle gibt (FARN 2022). Dies betrifft vor allem die Themen Bevölkerungspolitik, Heimatschutz, Ganzheitlichkeit und Landromantik. Auch Querfrontzusammenschlüsse¹¹ werden zum Wohle der Natur und Umwelt von ihnen nicht per se ausgeschlossen. Gleichzeitig wird das Thema Naturschutz, Umweltschutz und Rechtsextremismus in der Hochschullehre bisher kaum kritisch beleuchtet, wengleich das Interesse der Studierenden an diesem Themenkomplex groß ist.

Um diese Lücke zu schließen, sollte der Natur- und Umweltschutz in der Bildung stärker im Sinne einer demokratischen Umweltpolitik adressiert werden. Das bedeutet, dass die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit nationalistischen, völkischen und rassistischen Strömungen thematisiert werden. Es bedeutet auch, dass die Studierenden für antidemokratische Interventionen sensibilisiert werden, die sich unter dem Deckmantel der naturnahen Landwirtschaft, des Heimatschutzes oder der Klimagerechtigkeit verbergen können. Darüber hinaus sollte der Natur- und Umweltschutz in der Bildung die Vielfalt der Perspektiven und Erfahrungen berücksichtigen, die es in unserer Gesellschaft gibt. Das heißt, dass nicht nur die Stimmen der Mehrheitsgesellschaft gehört werden, sondern auch diejenigen, die oft marginalisiert oder diskriminiert werden, wie z. B. Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen of Color oder Menschen mit Behinderung.

Eine demokratische Gestaltung des Natur- und Umweltschutzes erfordert schließlich auch eine aktive Beteiligung aller Menschen an den Entscheidungsprozessen, die ihre Lebensbedingungen beeinflus-

sen. Das bedeutet, dass nicht nur Expert*innen oder Politiker*innen das Sagen haben, sondern auch die Bürger*innen selbst. Dazu braucht es transparente und partizipative Formate, die einen offenen Dialog und einen konstruktiven Austausch ermöglichen. Dabei sollten auch Konflikte nicht vermieden werden, sondern als Chance für eine gemeinsame Lösungsfindung genutzt werden. Nur so kann ein Natur- und Umweltschutz entstehen, der auf demokratischen Werten basiert und das Gemeinwohl fördert.

2.2 Klimagerechtigkeitsperspektive

Umweltrassismus und Umweltgerechtigkeit

Undemokratische Vorstellungen von Naturschutz müssen mit einem demokratischen Verständnis von Ökologie, das notwendigerweise mit den Rechten aller Menschen verbunden ist, konfrontiert werden. Bei dieser Aufgabe spielen die Konzepte der Umwelt- und Klimagerechtigkeit eine zentrale Rolle.

In den letzten Jahrzehnten ergaben mehrere Studien, dass verschiedene Gruppen in unterschiedlicher Weise von den Folgen der Umweltzerstörung betroffen sind. In den Vereinigten Staaten sind z. B. Schwarze, Indigene, People of Color und einkommensschwache Menschen stärker betroffen als einkommensstarke und *weiße* Menschen (Cole/Foster 2001: 10). Diese Erkenntnis führte zu dem Begriff Umweltrassismus, der darauf verweist, dass die Folgen ökologischer Probleme von historisch und sozial konstruierten Machtverhältnissen beeinflusst werden. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit ist daher die Antwort auf Umweltrassismus.

Einige Wissenschaftler*innen sehen den Beginn der Bewegung für Umweltgerechtigkeit im Jahr 1982, als sich die Menschen in Warren County, North Carolina, aus Protest gegen die Ablagerung von giftigen Abfallprodukten in ihrer Nachbarschaft organisierten (Opoku 2021: 30). Der Soziologe Robert Bullard hingegen sieht den Ausgangspunkt der Bewegung im Studierendenprotest, der 1967 nach dem Tod eines achtjährigen Mädchens auf einer Mülldeponie in einem Wohngebiet in Houston ausgelöst wurde. Andere wiederum erachten die Reise von Martin Luther King Jr. im Jahr 1968 zur Unterstützung des Streiks der Müllsammler*innen

als Meilenstein. Einige indigene Aktivist*innen in den USA sind hingegen der Ansicht, dass der Kampf für Umweltgerechtigkeit in Nordamerika mit der europäischen Invasion begann, lange bevor die Begriffe Umweltgerechtigkeit und Umweltrassismus geprägt wurden (Cole/Foster 2001: 19 f.).

Unabhängig davon, wann die Umweltgerechtigkeitsbewegung genau ihren Anfang nahm, war und ist sie immer mit einem aktiven und organisierten Kampf der betroffenen Gruppen verbunden. Diese erkennen, dass die ungerechte Situation aufgrund gesellschaftlicher Ungleichheiten und Unterdrückungsstrukturen entstanden ist und verändert werden muss.

In diesem Zusammenhang weist der Begriff Klimagerechtigkeit darauf hin, dass sozial benachteiligte Menschen stärker unter den Folgen der Klimakrise leiden als andere. Die Idee der Klimagerechtigkeit fordert daher eine Klimapolitik, die darauf abzielt, solche Ungleichheiten zu überwinden.

Klima ist genderrelevant

Die Klimakrise wirkt sich geschlechtsspezifisch aus, wobei Frauen und LGBTQIA* stärker als Cis-Männer¹² betroffen sind. Soziale Ungleichheiten, die auf Machtverhältnissen und Geschlechterrollen basieren, machen sie anfälliger für Klimafolgen. So übernehmen Frauen z. B. anteilig mehr Care-Arbeit (Montgomery 2021; Spitzner et al. 2020). Diese Mehrbelastung lässt Frauen häufiger Opfer von Katastrophen werden als Cis-Männer, wenn sie Fürsorge und Rettung für Kinder, Alte und weitere Mitmenschen leisten, die besonderen Schutzbedarf haben, anstatt sich zunächst selbst zu schützen. LGBTQIA* als überdurchschnittlich von Obdachlosigkeit und Armut Betroffene sind ebenfalls stärker durch Katastrophen gefährdet (Thomas et al. 2019). Zudem wird ihnen aufgrund von Diskriminierung oft der Zugang zu Notunterkünften und Hilfsangeboten verwehrt (Greenpeace 2023).

Die Einbeziehung von marginalisierten Gruppen in Entscheidungsprozesse und Führungspositionen ist damit entscheidend, um (geschlechter-)gerechte und effektive Klimapolitik zu erreichen und patriarchale Strukturen zu überwinden. Durch eine im politischen Prozess verstärkte Repräsentanz und damit Perspektivenvielfalt von Frauen, LGBTQIA* sowie von Rassismus, Klassismus und Ableismus

Betroffenen kann vermieden werden, dass klimapolitische Lösungen Genderungerechtigkeit reproduzieren und das Ziel effektiver und gerechter Politik verfehlen (Peetz 2022; Spitzner et al. 2020; Montgomery 2021).

Indigene Völker zwischen Klimaschutz und Klimakrise

Indigene Gebiete spielen eine entscheidende Rolle im globalen Naturschutz und im Kampf gegen den Klimawandel. Durch ihre Wasserreserven, reiche Artenvielfalt und Fähigkeit, Kohlenstoff zu speichern, tragen diese Gebiete zur Stabilisierung des globalen Klimas bei. Studien belegen, dass solche Gebiete Wälder effektiver schützen als Naturschutzgebiete. Hauptfaktoren für den eindrucksvollen Beitrag sind das traditionelle Wissen, kollektive territoriale Rechte und Waldschutzpolitiken der indigenen Völker (FAO 2021: 23ff.). Obwohl sie bedeutsam zum Umweltschutz beitragen, sind sie selbst besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, da ihr Leben direkt von der Natur abhängt. Global ausbeuterische Aktivitäten, die darauf abzielen, den Lebensstil des Globalen Nordens zu bewahren, haben auf verschiedene indigene Gesellschaften irreversible lokale Auswirkungen, die bereits zu spüren sind. 2005 litten z. B. hunderte indigene Völker, wie die Yanomami, die im Grenzgebiet von Brasilien und Venezuela im Regenwald leben, unter einer schweren Dürre. Aus Finnland, Norwegen, Russland und Schweden berichten die Saami-Rentierhirten, dass sich die Anzahl der Herden in den letzten Jahren extrem reduziert hat (Survival International 2009: 3 ff.).

Ein weiteres Beispiel von Klimaungerechtigkeit gegenüber indigenen Völkern ist die auf der UN-Klimakonferenz in Paris verabschiedete Vereinbarung zur CO₂-Kompensation. Während der Verhandlungen wurden indigene Akteur*innen von der Diskussion und Umsetzung ausgeschlossen und ihre Rechte abermals missachtet. Victoria Tauli-Corpus, Direktorin vom *Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education*, äußert sich kritisch über Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens zu Emissionsrechten:

»In Artikel 6 über marktwirtschaftliche und nicht marktwirtschaftliche Mechanismen zur Milderung der Umweltbelastung wird die Notwendigkeit der Achtung der Rechte indigener Völker erwähnt,

nicht aber die Notwendigkeit, unsere freie, vorherige und informierte Zustimmung zu erhalten.» (Tauli-Corpus 2021)

Der CO₂-Kompensationsmarkt kann die Aneignung indigener Gebiete und ihre Verwüstung durch Monokulturprojekte antreiben. Die Klimapolitik muss daher die Rechte indigener Völker respektieren, sie als wichtige Akteure einbeziehen und sich für eine gerechte Einhaltung der Menschenrechte auf globaler Ebene einsetzen.

Die Rechte der Natur

Der Dualismus von Mensch und Natur hat zur ökologischen Krise geführt, da durch diese Trennung die Natur ausschließlich als Ressource betrachtet wird. Somit kann sie vom Menschen benutzt und ausgebeutet werden, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Auch im deutschen Grundgesetz und den Naturschutzgesetzen wird dieser Dualismus deutlich: die Natur wird als Objekt begriffen, welches für die Existenz der Menschen bewahrt werden muss. In dieser Perspektive dient der Natur- und Umweltschutz einzig und allein dem Erhalt und Fortbestand der Menschheit. Eine Änderung des Naturstatus von Objekt zu Subjekt würde bedeuten, dass die Natur eigene Rechte erhält und vor Schaden geschützt werden kann. Dabei geht es nicht um eine Mystifizierung der Natur oder gar eine Vermenschlichung, sondern schlicht darum, die Natur in ihrer Eigenständigkeit anzuerkennen (Cho 2006: 12 ff.).

Eine Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt würde nicht bedeuten, dass Menschen als untergeordnete Wesen betrachtet oder gar ihre Interessen und Bedürfnisse ignoriert werden. Vielmehr hätte es zur Folge, dass die Natur als eine gleichberechtigte Partnerin auftreten würde, wenn es um Konflikte zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen geht. Die Diskussion darüber, ob die Natur offiziell juridische Rechte haben darf oder nicht, findet schon in über 30 Ländern statt. In einigen Ländern führte sie zu konkreten Veränderungen: Ecuador verankerte 2008 als erstes Land die Rechte der Natur in der Verfassung. Seitdem dürfen alle Bürger*innen diese Rechte einklagen. Mittlerweile hat die Natur auch in Bolivien und Uganda anerkannte Rechte (Fiebig 2021). Ähnlich wie bei rassismuskritischen Analysen geht es darum, die Praktiken von Hierarchie und

Dominanz aufzubrechen und alternative Perspektiven und Ansätze zu finden, die auf Gleichheit und Solidarität basieren.

2.3 Handlungsstrategien

Handlungsstrategien auf makrosozialer und institutioneller Ebene

Das Engagement für Natur und Umwelt und die Auseinandersetzung mit rechten Erscheinungen in der Gesellschaft können uns schnell überwältigen und pessimistisch stimmen. Diese Gefühle resultieren daraus, dass wir unsere Aufmerksamkeit auf bestimmte, ernstzunehmende Probleme fokussieren und dabei das Gefühl entsteht, als seien sie das Einzige, was uns umgibt. Gerade in diesen Momenten ist es wichtig, dass wir uns bewusst sind, dass es viele Menschen, Gruppen und Organisationen gibt, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Im Januar 2015 fand in Saarbrücken eine Demonstration statt, bei der gegen den saarländischen Ableger von Pegida über 9.000 Menschen Position bezogen (Bund der Deutschen Landjugend e.V. 2017: 132). Bei der Saargida-Demonstration, die zur gleichen Zeit stattfand, nahmen nur 300 Personen teil.

»Daran zeigt sich, dass unabhängig davon, wo RechtsextremistInnen im öffentlichen Raum auftreten, die BürgerInnen vor Ort nicht nur darauf reagieren, sondern auch die deutliche Mehrheit darstellen.« (ebd.: 132)

Gerade wenn wir uns überwältigt fühlen, ist es wichtig, sich solche Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen und bewusst zu machen, dass wir mit den Herausforderungen nicht allein dastehen. Im Gegenteil bewirken wir viel mehr, wenn wir uns mit anderen zusammenschließen, um für die Rechte aller Menschen und für ein gutes Leben für alle einzutreten.

Auf der **makrosozialen Ebene** gibt es wichtige Instrumente und Akteur*innen für die Verteidigung unserer Demokratie und für den Widerstand gegen antidemokratische und diskriminierende Bewegungen: das Grundgesetz, die demokratischen Prozesse zur Schaffung und Bewahrung von Gesetzen und alle weiteren Instrumente des politischen Systems. Auch wenn es im politischen Raum Kritikpunkte und verbesserungswürdige Aspekte gibt, sichert die

demokratische Politik die Herstellung und Durchführung von Maßnahmen und Projekten mit weitreichenden positiven sozialen Auswirkungen. Beispiele sind die Rechtsverfahren zur Untersuchung und zum Verbot rechtsextremer Kameradschaften, wie das Verbot der Gruppen »Nationaler Widerstand Dortmund« und »Kameradschaft Hamm« im Jahr 2012 durch das nordrhein-westfälische Ministerium für Inneres und Kommunales (Bell.Tower News 2013).

Auf **institutioneller Ebene**, die mit der makrosozialen Ebene vernetzt ist, gibt es zahllose demokratische, humanitäre und für Vielfalt engagierte Initiativen, die sowohl zur Prävention als auch zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus beitragen. Dazu gehören die Angebote der Mobilien Beratung und Bildungsangebote, die das politische Verständnis erweitern und über rechte Erscheinungsformen aufklären. Ohne die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, d.h. ohne die individuelle Ebene wären die institutionellen Initiativen jedoch nicht erfolgreich. Denn viele Projekte sind von ehrenamtlicher Arbeit abhängig. Darüber hinaus würden die Projekte ohne die Teilnahme der Interessierten – an Workshops, Seminaren, Vorträgen usw. – ihre Ziele nicht erreichen. Die verschiedenen Handlungsebenen sind also eng miteinander verknüpft.

Handlungsstrategien auf individueller Ebene

Eine wichtige Strategie gegen Rechtsextremismus

und Rechtspopulismus ist die **Präventionsarbeit**. Das heißt: Maßnahmen umzusetzen, um zu verhindern, dass unerwünschte Ereignisse auftreten.

»In der Rechtsextremismusprävention steht dementsprechend die Vermeidung rechtsextremer Einstellungsmuster und Verhaltensweisen im Vordergrund.« (Goetz et al. 2022: 9)

Die Verbreitung demokratischer Werte, die Möglichkeit gesellschaftlicher politischer Partizipation und die Umsetzung von antidiskriminierenden Konzepten sind Wege, um eine Prävention von rechts zu fördern. Das kann bspw. durch **politische Bildung** erfolgen. Je mehr politische Kenntnisse und Informationen eine Person hat, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sie rechte Einstellungen übernimmt (Alheim zitiert nach Goetz et al. 2022: 9).

Zudem hat politische Bildung »die Befähigung zur Ideologiekritik (auch als Kritik des Alltagsverständs) zum Ziel« (ebd.: 27). Demnach begleitet politische Bildung die Menschen dabei, unabhängiges Denken zu entwickeln und motiviert dazu, politische Positionen zu hinterfragen, die einfache und polarisierte Antworten auf komplexe Probleme bieten.

Politische Bildung stellt eine grundlegende Handlungsstrategie gegen rechts dar. Und wir alle können dazu beitragen. Indem wir uns und andere regelmäßig informieren, indem wir Gespräche über



Foto: Photographies.eu / stock.adobe.com

Politik, Umweltschutz und demokratische Werte führen und indem wir jegliche Form von Diskriminierung nicht stillschweigend hinnehmen, tragen wir kontinuierlich zu Prävention von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Alltag bei.

Es gibt jedoch auch Situationen, die konkrete Beratungsmaßnahmen oder ein Rechtsverfahren erfordern. In diesen Situationen geht es nicht mehr um Prävention, sondern um direktes Handeln. Solltet ihr eine Gewaltsituation miterleben oder selbst Opfer von rechts werden, ist es wichtig, Hilfe zu suchen. Eine gute Anlaufstelle sind die bundesweiten Opferberatungsstellen. Wenn jemand Opfer eines Angriffs wird, sollte ebenfalls sofort die Unterstützung einer Beratungsstelle gesucht und die Polizei informiert werden. Beratungsstellen sind auch eine gute Anlaufstelle, wenn ihr rechte Bewegungen vor Ort wahrnehmt. Dort kann gemeinsam mit anderen diskutiert werden, welche Maßnahmen und Initiativen möglich und sinnvoll wären, um die lokale Demokratie zu stärken und die Verbreitung rechter Ansichten zu verhindern. Grundsätzlich ist es immer empfehlenswert, sich mit anderen Akteur*innen zu vernetzen.

Opfer-, Ausstiegs- und Mobile Beratung

- » Die Opferberatung richtet sich an Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt sowie an deren Angehörige und Zeug*innen.
- » Die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung richtet sich an Rechtsextreme, die die Szene verlassen möchten, sowie an deren Angehörige.
- » Die Mobile Beratung richtet sich an demokratisch Engagierte, die gegen rechts aktiv werden möchten: von zivilgesellschaftlichen Bündnissen über Politiker*innen, die bedroht werden, bis hin zu Unternehmen, die ein Leitbild gegen Rassismus erarbeiten wollen.

Informationen und Kontakte findet ihr unter
» www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/beratungsangebote.

Wie ihr euch verhalten könnt, wenn ihr rechte Äußerungen mitbekommt, hängt davon ab, über welche eigenen Ressourcen ihr verfügt und ob ihr es in dem Moment für sinnvoll erachtet, darauf zu reagieren. In folgenden Situationen ist eine aktive Diskussion nicht immer möglich oder erstrebenswert (Steffan 2019: 28):

- » Ihr kennt die Person nicht und seht sie nur im Vorbeigehen.
- » Ihr habt gerade keine Zeit.
- » Ihr seid nicht in der Verfassung für eine politische Diskussion.
- » Euer*Eure Gesprächspartner*in will nicht ernsthaft diskutieren. Er*sie will nur provozieren oder vertritt sehr extreme Ansichten.

Doch auch wenn es nicht zu einem Gespräch kommt, sollten nach Möglichkeiten rechte Äußerungen nie unkommentiert stehengelassen werden. Macht zumindest kurz und klar deutlich, dass ihr anderer Meinung seid und rechte Aussagen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

»Bleiben radikale Aussage im öffentlichen Raum immer wieder unwidersprochen, gewöhnen die Menschen sich mit der Zeit daran – die Aussagen werden dann Teil des Alltags.« (ebd.: 29)

Besonders wichtig ist eine Reaktion, wenn menschenfeindliche Äußerungen gegenüber einer anwesenden Person gemacht werden: Hier darf eine erkennbare Positionierung dagegen nicht fehlen. Zusätzlich ist es empfehlenswert, der betroffenen Person zu signalisieren, dass ihr zu ihr steht. Dabei sollte jedoch darauf geachtet werden, dass sie nicht bevormundet wird, denn die betroffene Person möchte womöglich lieber für sich selbst sprechen (ebd.: 30).

Insbesondere wenn ihr euer Gegenüber kennt, solltet ihr rechte Äußerungen nicht einfach hinnehmen. Ihr könnt gleich das Gespräch suchen oder eine Unterhaltung zu einem späteren, womöglich ruhigeren Zeitpunkt anbieten. Bei einem solchen Gespräch solltet ihr klare und realistische Ziele haben. Mögliche und erreichbare Ziele sind: die andere Person besser zu verstehen und sie zum Nachdenken anzuregen (ebd.: 31). Offene Fragen

sind ein guter Weg, um den Dialog zu beginnen und zu verstehen, warum etwas gesagt wurde: »Wie meinst du das genau?«, »Wie hängt das zusammen?«, »Was für Erfahrungen hast du selbst damit gemacht?« (ebd.: 39). Stellst du fest, dass hinter einer Aussage eine feste ideologische Überzeugung steht, lohnt sich eine tiefere Diskussion möglicherweise nicht, da es der Person wahrscheinlich an Offenheit anderen Perspektiven gegenüber fehlt. Bemerkt ihr hingegen, dass Aussagen aus Unsicherheit oder Unwissenheit gemacht wurden, kann eine argumentbasierte Debatte durchaus sinnvoll sein und die Meinung des Gegenübers erweitern und sogar verändern.

2.4 Umgang mit rechten Vorfällen innerhalb der NAJU

Sensibilisiert sein

Wir müssen uns bewusst sein, dass auch der Naturschutz von antidemokratischen und populistischen Kräften vereinnahmt werden kann. Als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft ist die NAJU – auf allen Ebenen – der Herausforderung und gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet, dem nicht tatenlos zuzusehen. Denn die NAJU ist demokratischen Werten verpflichtet.

NAJU-Mitglieder sind zudem an die NAJU-Bundessatzung und das dort verankerte Wertegerüst gebunden, das sich ganz ähnlich im Positionspapier zur Demokratie und Vielfalt der NAJU findet [[Seite 1](#)]. In der Bundessatzung heißt es:

§ 2 (3) Die NAJU ist überparteilich und überkonfessionell und bekennt sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie steht in ihrer Tätigkeit als verbindendes Element zwischen Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sozialen Schichten. Sie bietet ihren Mitgliedern unabhängig von Geschlecht, Abstammung, Hautfarbe, Herkunft, Alter, Glauben, sozialer Stellung oder sexueller Identität eine Heimat. Mitglieder, die ein damit unvereinbares Verhalten offenbaren, können wegen vereinschädigendem Verhalten aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Der identische Wortlaut findet sich an gleicher Stelle der NABU-Bundessatzung. NAJU und NABU sind

zwar parteipolitisch unabhängig, aber dennoch wertebunden. Die NAJU heißt alle Menschen willkommen, die dieses Wertebild teilen.

Informiert sein

Um der gesellschaftlichen Verantwortung wie auch den Werten von NAJU und NABU gerecht zu werden, ist es wichtig, informiert zu sein: Macht euch mit zentralen rechten Konzepten vertraut, informiert euch, welche Themenfelder des Natur- und Umweltschutzes besonders gerne als Einfallstor zur Verbreitung rechter Ideologien genutzt werden. Sensibilisiert euch dafür, bei welchen Schlagworten ihr besonders aufmerksam sein solltet.

Es besteht nicht die Erwartung, dass alle zu Expert*innen in diesem Themenfeld werden. Dennoch muss eine Grundsensibilisierung für das Thema im Verband geschaffen werden.

Um informiert zu bleiben, könnt ihr folgende Informations- und Bildungsmaterialien nutzen:

- » www.NAJU.de/gegen-rechts
Neben dem Download dieser Broschüre findet ihr hier Infografiken, Animationsfilme, einen E-Learningkurs und mehr.
- » www.NABU.de/extremismus und www.NABU-netz.de/extremismus
In der Broschüre »Rechte Aktivitäten im Naturschutz« werden die Ergebnisse einer Studie zu rechten Interventionen innerhalb des NABU vorgestellt und rechte Ideologien im Natur- und Umweltschutz aufgezeigt. Die Broschüre »Umgang mit Interventionen von rechts – eine Handreichung des NABU« enthält Fallbeispiele und Handlungsoptionen für Gruppen.
- » www.nf-farn.de/farn-publikationen
Auf der Seite von FARN findet ihr zahlreiche Publikationen (und Workshopangebote) zu rechten Ideologien im Naturschutz.

Kompetenznetzwerk

Das Kompetenznetzwerk gegen rechts erstreckt sich über alle Landesverbände und besteht aus geschulten NAJU- und NABU-Mitgliedern. Die Kompetenzpersonen setzen sich dafür ein, dass das Thema im Verband verankert wird. Sie können für Inputs bei NAJU-/NABU-Veranstaltungen und Gruppenstunden angefragt werden. Kommt es zu rechten Vorfällen, können sie gezielt kontaktiert werden.

Den Kontakt zu den Kompetenzpersonen findet ihr unter

» www.NAJU.de/gegen-rechts.

Reagieren, nicht ignorieren

Es ist wichtig, dass wir als NAJU auf rechte Vorfälle reagieren – unabhängig davon, ob NAJU-/NABU-Mitglieder involviert sind oder Personen von außen; unabhängig davon, ob es einen unmittelbaren Bezug zum Naturschutz gibt oder rechte Interaktionen in anderem Kontext bei der NAJU auftreten. Rechte Akteur*innen und Ideologien werden nicht weniger und verschwinden, wenn wir sie ignorieren. Wir müssen deutlich machen, wo unsere Grenzen verlaufen und dass menschenverachtende Ansichten in der NAJU keinen Platz haben. Bei besonders schweren Fällen, die NAJU-/NABU-Mitglieder betreffen, kann es laut NAJU-/NABU-Bundessatzung (§2 (3)) bis zum Ausschluss aus dem Verband kommen.

Die folgenden **Handlungsschritte** geben euch eine Orientierung, wie ihr euch bei rechten Vorfällen verhalten könnt. Grundsätzlich gilt: Ihr werdet mit rechten Interventionen nicht allein gelassen!

- 1. Ruhe bewahren:** Gebt keine voreiligen öffentlichen Erklärungen heraus, wenn es zu Presseanfragen oder anderen Nachfragen kommt. Trefft keine unabgestimmten Entscheidungen im Alleingang.
- 2. Ansprechpersonen informieren:** Nehmt Kontakt zu eurem Kompetenzteam aus dem Kompetenznetzwerk und eurem Landesverband auf. Ist es ein Fall besonderer Tragweite, informiert zusätzlich den Bundesverband.

- 3. Einrichtung eines Krisenteams:** Stellt ein Team mit den wichtigsten Personen für die Handhabung des Falls auf. Klärt ggf., wer hauptverantwortlich zuständig ist. Liegt ein größerer Fall vor, wird der Bundesverband ebenfalls einen Krisenstab einrichten und sich eng mit euch abstimmen. Nehmt die Hilfe an und ernst.
- 4. Einschätzung gewinnen:** Macht euch ein Bild davon, was genau vorgefallen und wer involviert ist. Ist es eine externe Person oder ein NAJU-/NABU-Mitglied? Habt ihr den Eindruck, dass ihr es mit geschulten bzw. gestandenen Rechten zu tun habt oder eher mit Personen, die Aufgeschnapptes gedankenlos wiedergeben?
- 5. Vorgehen beschließen:** Legt auf Grundlage der gewonnenen Einschätzung Maßnahmen fest, wie ihr weiterverfahren wollt. Bei einem größeren Fall macht ihr das in enger Abstimmung mit dem Bundesverband. Mit einer Person bspw., die euch bei dem Thema noch zugänglich erscheint, könnt ihr leichter das Gespräch suchen und schauen, worum es ihr geht. Trennt Person und Inhalt voneinander, aber benennt rechte Aussagen als solche. Die nachfolgenden Fallbeispiele können euch als Orientierung für Reaktionen auf interne und externe Situationen dienen.
- 6. Kommunikation nach innen:** Besprecht, wie der Vorfall und die getroffenen Maßnahmen innerhalb des Landesverbandes bzw. der Gruppe kommuniziert werden sollen.
- 7. Kommunikation nach außen:** Klärt, wer für mögliche Presseanfragen zuständig ist. Dies sollte eine erfahrene Person sein – idealerweise aus der Pressestelle –, die zuverlässig und sachlich nach außen kommuniziert. Stimmt euch bei einem größeren Fall mit dem Bundesverband ab.

2.5 Fallbeispiele

Wie ihr mit verschiedenen Situationen umgehen könnt, in denen es zu rechten Konfrontationen, Vorfällen und Anfragen kommt, skizzieren die folgenden drei Fallbeispiele. Weitere Fallbeispiele findet ihr in der NABU-Broschüre »Umgang mit Interventionen von rechts – eine Handreichung des NABU«.

FALLBEISPIEL 1: Rechte Argumente am NAJU-Infostand

An einem NAJU-Infostand werdet ihr von einer Person angesprochen, die sich für Naturschutz zu interessieren scheint. Schnell jedoch fängt sie an, rechte Argumente zu verwenden. So sagt sie: »Ich finde es ja gut, dass ihr euch für unsere heimischen Tiere und Pflanzen einsetzt. Was genau tut ihr denn gegen die vielen invasiven Arten, die sich hier verbreiten? Die bedrohen doch unsere Natur und Heimat.«

Auch wenn es sich hier offensichtlich um Argumente eines rechten Weltbildes handelt, müsst ihr die Person nicht gleich des Infostandes verweisen. Versucht zunächst einen Eindruck davon zu bekommen, was das Interesse und die Absicht der Person sein könnte und entscheidet dann, ob sich eine inhaltliche Diskussion lohnt oder nicht [→ Seite 18f.]. So könnt ihr sie bitten: »Können Sie bitte genauer erklären, warum Sie invasive Arten als Bedrohung für Ihre Heimat wahrnehmen?«

Auf eure Frage hin wird die Person lauter und sagt, dass doch klar ist, was damit gemeint sei: »Tiere und Pflanzen, die hier nicht hergehören und sich breit machen, zerstören unsere Heimat, unser Land, das uns unsere Identität gibt.«

Diese Art der Reaktion deutet darauf hin, dass hinter der Aussage nicht nur Gedanken stehen, die aufgeschnappt und wiedergegeben wurden, sondern verfestigte rechte Ideologien. Darüber ein Gespräch am Infostand zu führen, ist wenig zielführend. Ihr könnt der Person kurz und klar erwidern: »Die Verbreitung nicht-heimischer Arten kann heimische Arten und Ökosysteme gefährden. Zum Umgang damit gibt es verschiedene nationale und internationale Maßnahmen [→ Seite 7], über die Sie sich im Netz informieren können. Hier am Infostand haben wir dazu keine Materialien.«

Als ihr daraufhin nichts weiter sagt und auch nicht auf ihr Heimatargument eingeht, wird die Person aggressiv und erwidert, dass ihr euch wohl zu gut für eine Diskussion über das Thema seid. Sie fährt fort: »Ihr versteht nichts von Heimat und der wahren Natur und seid auch nur von der linksgrünen Lügenpresse manipuliert. Wir müssen uns aber gegen diese ganzen fremden Einflüsse wehren, die unsere Identität bedrohen. Es hört ja auch nicht bei Tieren auf, sondern geht mit den ganzen Flüchtlingen weiter. Aber die wollen Leute wie ihr ja alle hier im Land haben, nicht wahr?!«

Hier wird offensichtlich, dass die Person an keinem richtigen Gespräch interessiert ist und nur die Absicht hat, ihre menschenfeindlichen Ansichten zu vertreten oder zu provozieren. An dieser Stelle solltet ihr das Gespräch abbrechen, dabei aber dennoch klar Position beziehen [→ Seite 18f.]. Beispielweise könnt ihr sagen: »Wir als NAJU teilen aufgrund unseres demokratischen Weltbildes und unserer Satzung Ihre rassistischen und nationalistischen Aussagen nicht und wir werden mit Ihnen darüber auch nicht debattieren.« Fordert die Person auf, zu gehen: »Wir möchten Sie jetzt bitten, den Infostand zu verlassen!«

Sollte die Person keine Anstalten machen wegzugehen, könnt ihr in Betracht ziehen, die Polizei um Hilfe zu bitten. Dafür solltet ihr aber nicht allein am Infostand sein. Kündigt vorher klar an, dass dieser Schritt in Erwägung gezogen wird: »Wir hatten Sie gebeten, den Stand zu verlassen. Sollten Sie das in den nächsten Sekunden nicht tun, werden wir die Polizei informieren müssen.« Kommt es zu einem Anruf bei der Polizei, sollte klar der Hinweis formuliert werden, dass es sich um eine akute Bedrohungssituation mit einer vermutlich rechtsextremen Person handelt.

Beachtet stets bei einem Gespräch, dass ihr euch auf keine inhaltlichen Provokationen einlasst, dafür aber selbstsicher, bestimmt und ruhig sprecht! Kurze und klare Aussagen helfen euch dabei, euch nicht in Widersprüchen oder Diskussionen wiederzufinden, in denen ihr nicht sein wollt.

FALLBEISPIEL 2:

Hetze in Sozialen Medien durch eine NAJU-/NABU-Aktive

Ihr habt seit zwei Jahren eine sehr engagierte Kindergruppenleiterin, die seit längerem auch Vorstandsmitglied der NABU-Ortsgruppe ist. Eines Tages fällt euch auf, dass sie auf ihrem Facebook-Profil gegen Migrant*innen und LGBTQIA* hetzt. Sie behauptet, dass diese Gruppen eine Bedrohung für die deutsche Kultur und Identität seien, beschimpft sie und fordert, dass sie aus dem Land verwiesen werden müssten. Auf ihrem Profil ist sie als NAJU- und NABU-Aktive erkennbar.

Menschenverachtende Aussagen widersprechen all dem, wofür NAJU und NABU stehen [→ Seite 1, 19]. Auch wenn solche Äußerungen von einem besonders engagierten Mitglied kommen, dürfen sie nicht aus Angst heraus, ein aktives Mitglied zu verlieren oder Personen aus dem Verband gegen sich aufzubringen, ignoriert werden.

Schaltet in diesem Fall euren Landesverband und nach Möglichkeit eure Ansprechpersonen aus dem Kompetenznetzwerk ein [→ Seite 20]. Idealerweise sollten die menschenfeindlichen Beiträge dokumentiert werden, damit sie bei Bedarf als Nachweis dienen können. Macht dazu am besten einen Screenshot, auf dem auch das Datum des Posts sowie die URL sichtbar sind.

In einem Gespräch mit der Gruppenleiterin muss deutlich gemacht werden, dass solche Äußerungen mit ihrer Rolle als NAJU-Gruppenleiterin und Vorstandsmitglied im NABU absolut unvereinbar sind. Sie widersprechen in Gänze den Werten von NAJU und NABU. Klar sollte besprochen werden, welche Konsequenzen diese menschenverachtenden Äußerungen haben und wie mit dem Fall weiter verfahren wird. Dazu gehört, dass sie ihre Beiträge löscht und sich mit ihren rassistischen Werten auseinandersetzt sowie eine reflexive, offene Haltung einnimmt. So kann in Betracht gezogen werden, eine interne Weiterbildung gegen Rassismus und Diskriminierung für den ganzen Vorstand und möglicherweise weitere Interessierte der Ortsgruppe durchzuführen. Darüber hinaus sollte deutlich gemacht werden, dass die Gruppenleiterin im Zwei-

felsfall gemäß der Bundessatzung aus dem Verband ausgeschlossen werden kann [→ Seite 19], sollten sich solche Vorfälle wiederholen.

FALLBEISPIEL 3:

Einladung zu einer Veranstaltung der Jungen Alternative

Anlässlich der anstehenden Rodung eines Waldes erhaltet ihr als Vorstand eures NAJU-Landesverbandes eine Einladung zu einer Veranstaltung der Jungen Alternative (JA), die Jugendorganisation der AfD. Die Veranstaltung trägt den Titel »Lasst uns gemeinsam reden: Junge Menschen im Gespräch über den Schutz des deutschen Waldes«. Beim Austausch über die Einladung werden unterschiedliche Ansichten im Vorstand deutlich. Für einige steht es außer Frage, die Einladung anzunehmen, da für sie die JA klar rechtsextremistisch ist. Andere sehen die Einladung als gute Gelegenheit zum Austausch und zur Erweiterung des Engagements für Naturschutz. »Außerdem«, so sagt jemand, »kümmert sich die Natur nicht um politische Positionen. Jede Hilfe zum Schutz der Natur muss willkommen sein«. Abgesehen davon, so ein weiteres Argument, können nur im Gespräch die Meinungen anderer geändert werden.

Setzt euch mit der Einladung kritisch auseinander und tauscht euch über eure Ansichten aus. Hierzu im Gespräch zu bleiben, ist immer wichtig.

Verschiedenes solltet ihr bedenken, wenn aus den oben genannten Gründen für eine Teilnahme plädiert wird. Die JA ist eine rechtsextremistische¹³ Jugendorganisation. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ihr bei der Veranstaltung auf viele Menschen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild trefft. Dieses Weltbild werdet ihr nicht im Rahmen einer Veranstaltung, die zudem von der JA selbst organisiert wird, ändern. Zudem besteht die Gefahr, dass Meinungsverschiedenheiten nicht nur zu einer sprachlichen Auseinandersetzung führen, sondern auch zu einer körperlichen Konfrontation.

Darüber hinaus läuft ihr Gefahr, dass die Teilnahme der NAJU auf verschiedene Weise instrumentalisiert werden kann. Nimmt die NAJU an einer solchen

Veranstaltung teil, kann einerseits der Eindruck entstehen, dass es sich bei der JA um eine harmlose politische Jugendorganisation handelt, da sie im Austausch mit anderen demokratischen Jugendverbänden steht. Andererseits kann das Signal ausgesandt werden: die JA ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Auch das Argument, dass beim Naturschutz politische Werte keine Rolle spielen, da es hier nur um die Sache geht, kann so nicht stehengelassen werden. Naturschutz seitens antidemokratischer Akteur*innen ist am Ende auch Mittel zum Zweck, um menschenverachtende Ideologien zu verbreiten – und gleichzeitig damit verknüpft. Schon beim Titel der Veranstaltung, dass es um den Schutz des »deutschen Waldes«

geht, solltet ihr hellhörig werden. Hier kommt der Mythos des deutschen Waldes ins Spiel, der in der rechten Ökologie eine wichtige Rolle spielt (vgl. NABU 2022). Und bedenkt auch: Eine Kooperation mit Organisationen oder Gruppen, die rechtsextrem und menschenverachtend sind, verstößt nicht nur gegen das NAJU-Wertegerüst [→ Seite 1, 19], sondern kann die NAJU auch Mitglieder kosten.

Letztendlich sollte am Ende eine klare Absage an die JA stehen. Teilt ihr mit, dass die NAJU nicht mit rechtsextremen Gruppierungen zusammenarbeitet oder in anderer Form interagiert. Das widerspricht dem demokratischen Selbstverständnis und Werten des Verbands.

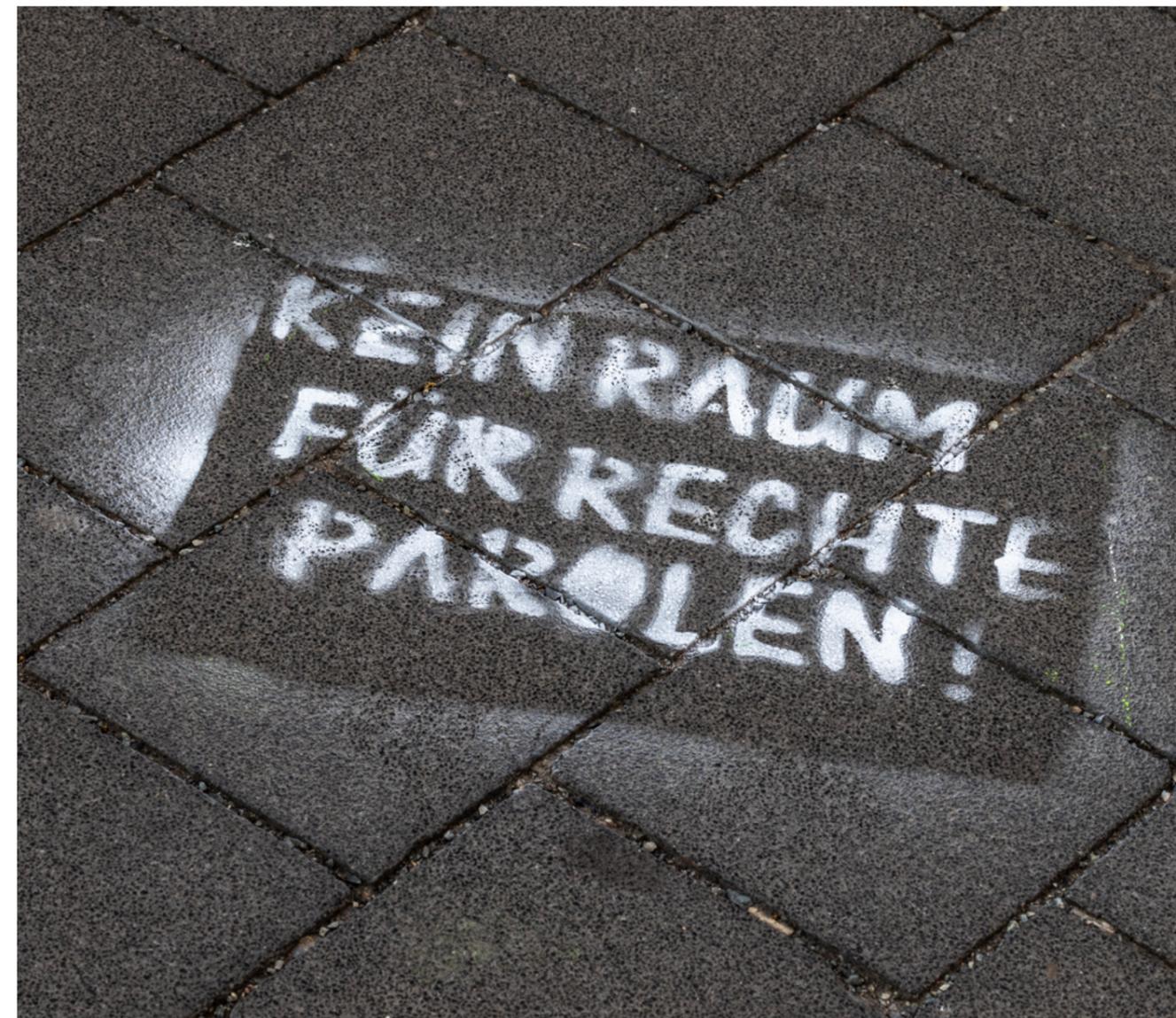


Foto: Jblende11, photo / stock.adobe.com

¹³ Im April 2023 hat der Verfassungsschutz die JA als gesichert rechtsextremistische Bewegung eingestuft. Nur aufgrund eines laufenden Eilverfahrens beim Verwaltungsgericht Köln, das die JA und AfD angestrengt haben, wird die JA vorerst wieder als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt. (tagesschau 2023) (Stand: 12.09.2023)

Quellen und Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (AAS) (2023): **Was ist Rechtsextremismus und Rechtspopulismus?** www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-ist-rechtsextremismus/

Bechmann, A. (2013): **Plädoyer für aufgeklärte politische Salutogenese – als Antwort nach »Rechts«.** www.bbn-online.de/fileadmin/AK_Naturschutzgeschichte/NatSchutz_und_Rechtsextremismus/end-bechmann.pdf

Belltower.News (2013): **Sammelbecken verbotener Kameradschaften.** www.belltower.news/die-rechte-in-nrw-sammelbecken-verbotener-kameradschaften-35844/

Bergmann, L. (2020): **Im Schatten der Windkraft stirbt der Artenschutz.** www.die-kehre.de/im-schatten-der-windkraft-stirbt-der-artenschutz/

Brunnengräber, A. (2021): **Die Energiewende im Stimmengewirr – ein differenzierter Blick auf die Gegner*innen der Windkraft.** In: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus. S. 14–18

Bund der Deutschen Landjugend e.V. (Hg.) (2017): **Schweigen heißt Zustimmung. Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen**

Cho, Y. (2006): **Natur als Subjekt. Schellings Naturphilosophie und ihre ökologische Bedeutung.** <https://kobra.uni-kassel.de/handle/123456789/2006122116480#>

Cole, L./Foster, S. (2001): **From the Ground Up: Environmental Racism and the Rise of the Environmental Justice Movement.** New York University Press

diversu e. V. (2020): **Handreichung. Rechtspopulismus/Rechtsextremismus und Ökologie.** www.diversu.org/wp-content/uploads/2020/11/Handreichung_ReLa_2020.pdf

Eichenauer, E./Reusswig, F./Meyer-Ohlendorf, L./Wiebke, L. (2018): **Bürgerinitiativen gegen Windkraftanlagen und der Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen.** In: Kühne, O./Weber, F. (Hg.): Bausteine der Energiewende. Springer VS. S. 633-651

Eser, U. (2016): **Naturschutz, Kommunikation und Ethik: Brücken bauen zwischen Theorie und Praxis.** www.bfn.de/sites/default/files/BfN/service/Dokumente/skripten/skript443.pdf

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (2022): **Ist-Analyse unter Studierenden der grünen Berufe hinsichtlich des Themenfelds »Natur-/Umweltschutz und Rechtsextremismus«.** www.nf-farn.de/system/files/documents/farn_diversu_doku-kurz_final.pdf

Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (2023): **Glossar. Völkisch.** www.nf-farn.de/glossar-voelkisch

Fiebig, P. (2021): **Klimaschutz per Gericht: Natur als Rechtssubjekt.** www.deutschlandfunk.de/klimaschutz-per-gericht-natur-als-rechtssubjekt-100.html

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) (2021): **Forest governance by indigenous and tribal peoples: an opportunity for climate action in Latin America and the Caribbean.** www.fao.org/3/cb2953en/online/cb2953en.html

Goetz, J./Reitmair-Juarez, S./Lange, D. (Hg.) (2022): **Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Politische Bildung – Pädagogik – Prävention.** Springer VS

Greenpeace International (2023): **The disproportionate impact of climate crisis on the LGBTQIA2S+ community.** www.greenpeace.org/international/story/60078/impact-climate-crisis-lgbtqia2s-pride-month/

Grigori, E./Trebing, J. (2017): **Die Idiotie des Landlebens.** <https://jungle.world/artikel/2017/50/die-idiotie-des-landlebens>

Haeckel, E. (1873): **Natürliche Schöpfungsgeschichte.** Berlin

Identitäre Bewegung (2023): **Mission.** www.identitaere-bewegung.de/mission/

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA)(2023): **Essentialisierung.** www.idaev.de/recherchetools/glossar

Jaschke, H.-G. (2001): **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder.** Opladen

Kiesel, R./Fiedler, M. (2019): **Nach der Europawahl AfD-Jugend entdeckt das Klima.** www.tagesspiegel.de/berlin/afd-jugend-entdeckt-das-klima-6607867.html

Küpper, B./Zick, A./Rump, M.: **Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte 2020/21.** In: Zick, A./Küpper, B. (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz

Montgomery, S. L. (2021): **Geschlechtergerecht zu einer besseren Klimapolitik.** In: SODI e.V. (Hg.): Weitwinkel. Klimagerechtigkeit in Zeiten der Coronapandemie. Heft 2. S. 15–18

NABU-Bundesverband (2022): **Rechte Aktivitäten im Naturschutz. Eine Information des NABU**

NABU-Bundesverband (2024): **Umgang mit Interventionen von rechts – eine Handreichung des NABU**

Opoku, N. (2021): **Von Umweltrassismus zu Klimagerechtigkeit? Koloniale Kontinuitäten in der Klimakrise.** In: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Die extreme Rechte Zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus

Paál, G. (2023): **Die AfD sagt: Mehr CO₂ fördert das Pflanzenwachstum. Stimmt das?** www.swr.de/wissen/1000-antworten/foerdert-mehr-co2-das-pflanzenwachstum-100.html

Passeick, Y. (2019): **Die Mär von der Überbevölkerung.** In: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hg.): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. S. 9–11

Peetz, K. (2022): **Feministische Außenpolitik. Wenn Utopie auf Realität trifft.** www.deutschlandfunk.de/feministische-aussenpolitik-wenn-utopie-auf-realpolitik-trifft-dlf-eeba2462-100.html

Pfahl-Tragber, A. (2022): **Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotential der Neuen Rechten.** Dietz

Reusswig, F./Küpper, B./Rump, M. (2021): **Propagandafeld: Klima.** In: Zick, A./Küpper, B. (Hg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Dietz

Röhr, U. (2022): **Frauen.Macht.Klima. – Warum wir eine geschlechtergerechte Klimapolitik brauchen.** www.boell-bw.de/de/2022/06/20/frauen-macht-klima-warum-wir-eine-geschlechtergerechte-klimapolitik-brauchen

Salzborn, S. (2018): **Rechtsextremismus? Rechtsradikalismus? Extreme Recht? Rechtspopulismus? Neonazismus? Neofaschismus? Begriffsverständnisse in der Diskussion.** In: Baron, P./Drücker, A./Seng, S. (Hg.): Das Extremismusmodell. Über seine Wirkungen und Alternativen in der politischen (Jugend-)Bildung und der Jugendarbeit. IDA

Schaller, S./Carius, A. (2019): **Convenient Truths: Mappings climate agendas of right-wing populist parties in Europe.** <https://adelphi.de/de/publikationen/convenient-truths>

Schick, J. (2020): **Editorial.** In: Die Kehre. Heft 3

Schnee, P. (2016): **Nationalistische Intellektuelle. Wie neu ist die »Neue Rechte«?** www.deutschlandfunkkultur.de/nationalistische-intellektuelle-wie-neu-ist-die-neue-rechte-100.html

Schroers, F. (2019): **Streit über Klimawandel spaltet Vorstand.** www.belltower.news/afd-jugendorganisation-in-berlin-streit-ueber-klimawandel-spaltet-vorstand-86323/

Spitzner, M./Hummel, D./Stieß, I./Alber, G./Röhr, U. (2020): **Interdependente Genderaspekte der Klimapolitik.** Umweltbundesamt (Hg.). www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-02-06_texte_30-2020_genderaspekte-klimapolitik.pdf

Steffan, P. (2019): **Sag was: Radikal höflich gegen Rechtspopulismus argumentieren.** Oetinger

Survival International Deutschland (2009): **Die Umbequemste aller Wahrheiten: Klimawandel und indigene Völker.** http://assets.survivalinternational.org/documents/137/survival_climate_change_report_german.pdf

Tagesschau (2019): **86 Prozent sagen, der Mensch sei schuld.** www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-1645.html

Tagesschau (2023): **Junge Alternative zunächst wieder Verdachtsfall.** www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/junge-alternative-verdachtsfall-100.html

Tauli-Corpuz, V. (2021): **Indigenous peoples had a clear vision for Cop26, but it has not been delivered.** www.theguardian.com/commentis-free/2021/nov/15/indigenous-peoples-clear-vision-cop26-not-delivered

Thomas, Kimberley/Hardy, R. D./Lazrus, H./Mendez, M./Orlove, B./Rivera-Collazo, J. I./Roberts, T./Rockman, M./Warner, B. P./Winthrop, R. (2019): **Explaining Differential Vulnerability to Climate Change: A Social Science Review.** <https://wires.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/wcc.565>

Wiepking-Jürgensmann, H. (1942): **Die Landschaftsfibel.** Deutsche Landbuchhandlung

Zick, A./Küpper, B. (2015): **Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland.** Dietz

Zick, A./Küpper, B. (Hg.) (2021): **Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21.** Dietz

Die NAJU (Naturschutzjugend im NABU) ist die Kinder- und Jugendorganisation des NABU. Sie ist mit über 100.000 Mitgliedern der größte Verband in der außerschulischen Umweltbildung sowie im praktischen Naturschutz. In über 1.000 Gruppen vor Ort setzen sich Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre für den Natur- und Umweltschutz ein.

Als Teil der demokratischen Zivilgesellschaft übernimmt die NAJU eine gesellschaftliche Verantwortung. Mit dem Projekt »Kein Blattbreit der Rechten – Verbandliche Stärkung der Prävention gegen rechte Interventionen« setzt sich die NAJU für ihre Werte und für eine Auseinandersetzung mit rechten Vereinnahmungen des Natur- und Umweltschutzes ein. Die Broschüre führt in dieses Problemfeld ein und skizziert Handlungsmöglichkeiten.

**www.NAJU.de
www.NAJU.de/gegen-rechts**